

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19090420

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Abonnementspreis (incl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Belegkarte monatlich 4.130, vierteljährlich 4.360; durch die Postporture monatlich 30 A frei ins Haus. Einz. Nr. 4. Sonntagsnummer mit Illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 A.
 Kreisabonnements monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 4.30.

Redaktion:
 Fehlandstraße 11, 1. Stod. **Hamburg 36**
 Expedition:
 Fehlandstraße 11, Erdgeschoss.
 Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die sechsgehaltene Beilagen oder deren Raum 36 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 30 A. Anzeigenannahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoss (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Laternenanzeigen ohne Verbindlichkeit. Reklamen in reaktionellen Zeit werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Fabrik: Fehlandstr. 11, Erdgeschoss.

Filialen: St. Pauli einschl. Schanzstr. bei Heim. Koenen, Sophienstr. 44. **Gimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Vorstel und Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmannweg 51. **Barsted, Uhlenhorst** bei Theodor Petersen, Bachstr. 12. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffeld und Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Aufschlagers Willeich bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33. **Notenburgerort** bei Reddel bei Th. Reimer, Lindestr. 85. **Gilbed, Wandsbek, Hirschfelde und St. Barsted** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. **Ottensen, Wahrenfeld** bei Joh. Heine, Wahrenfelderstr. 129.

Hierzu zwei Beilagen.

Doppelzüngigkeit.

Die Demonstrationsveranstaltungen im Reiche mit nachfolgenden Deputationen an den Reichstagskanzler und Eingaben an den Reichstag sind von vornherein mit dem Stempel der Abgesandtschaft befaßt. Sie gehen durchweg von den Blockliberalen aus, die jetzt außerhalb des Reichstages große Worte machen und sich als Vertreter der „Volksinteressen“ gebärden. Der aufgeklärte Teil des Volkes wird sich mit dem tiefsten Widerwillen von dieser Komödie abwenden, denn er weiß ja doch, daß es sich nur darum handelt, aus der Haut des Volkes Nerven zu schneiden.

Der Reichstag wird dringend aufgefordert, die Finanzreform unter allen Umständen in dieser Session zu vollenden. Durch das liberale Unverständnis in den Demonstrationsveranstaltungen und durch die Willkür der Deputationen vor dem Reichstagskanzler werden die notwendigen Beschlüsse über die Finanzreform auch nicht eine Minute früher zur Entscheidung gebracht werden, als sonst auch. Die Schwierigkeiten für die Finanzreform sind eben daraus erwachsen, daß sich die Vertreter der herrschenden Klassen um die Beute zanken. Die Verteilung der Beute ist immer eine schwierige Sache, namentlich wenn so geringe Leute dabei sind, wie sie unter unseren herrschenden Klassen sich vorfinden.

Der Hauptanteil an der Beute fällt natürlich den östlichen Junkern zu, die, wie gewöhnlich, so „gottesfürchtig und dreist“ als nur möglich vorgegangen sind. Sie sichern sich einen baren Gewinn in der Erhöhung der Schnapsbrenner-Liebesgabe; die andern bürgerlichen Parteien, Liberalismus und Zentrum, wollen aus den Zuschüßungen politische Macht gewinnen, und das Volk soll mit seinen Steuerergüssen die ganze Geschichte bezahlen. Der ganze Rattenkäfig von Intrigen, Kompromissen und Schachergeheimnissen, der aus diesem Interessententritt hervorgeht, bietet einen so widrigen Anblick, daß man sich gar nicht damit beschäftigen mag.

Die Junker sind dreist genug, dem Volk in seiner breiten Masse die ganze Last der Finanzreform durch indirekte Steuern aufzubürden zu wollen, außer der Erhöhung der baren Liebesgaben, die sie dabei erlangen. Sie können sich das ihren Wählern gegenüber erlauben, denn seit die agrarische Zerrungsära angebrochen, leistet die bäuerliche Wählerklasse den Junkern durchweg unbedingte Heresfolge. Die Ausnahmen befähigen nur die Negel. Die Liberalen, die sich auch in ihren „oppositionellen“ Schattierungen so schnell zu den indirekten Steuern bekehrt haben, fürchten, ihre kleinbürgerlichen Wähler vor den Kopf zu stoßen, wenn sie diesen alle die indirekten Steuern aufpacken; daher treten sie auch für „Befreiung des Viehes“ ein und andre Gruppen folgen ihnen aus den gleichen Rücksichten. Das Zentrum, dem seine Wähler blindlings folgen, wartet ab und intrigiert. Ihm wäre es willkommen, wenn die Liberalen „ausgeschaltet“ würden, so daß die Regierung die halbe Milliarde aus den Händen des Zentrums nehmen müßte, und man ist bemüht, die Sache nach so zu beschleunigen, daß die „moralische Schuld“ für die Neubelastung des Volkes auf den Liberalismus fällt. Wie weit das alles so kommen wird, sieht dahin; daß Junker und Pfaffen den Hauptpreis davon tragen werden, sieht für uns außer Zweifel.

Ein nationalliberaler Professor hat in einer süddeutschen liberalen Versammlung unwillkürlich die Situation trefflich gekennzeichnet. Die Junge glitt ihm aus, denn er fand es merkwürdig, daß in einer politischen Versammlung ein solcher Eifer für neue Steuern herrsche, ein Eifer, den er natürlich der Sorge um das Wohl des Vaterlandes“ zuschrieb. Ja, dieser Eifer! In der Tat ist das liberale Bürgertum recht eifrig bei der Sache. Aber der Eifer gilt in Wahrheit nicht etwa der schwachen Nachlass- oder Erbschaftsteuer, die man schon so zu führen wird, daß sie dem Volk nicht allzu wehe tut. Dieser schöne „patriotische“ Eifer gilt, wenn man auch anders spricht, in erster Linie den vierhundert Millionen indirekter Steuern, die auf den breiten Rücken des guten Volkes gewälzt werden sollen. Das muß man festhalten, wenn man die Abgesandtschaft der Demonstrationsveranstaltungen zugunsten der „Finanzreform“ begreifen will.

Seit es eine Klassenherrschaft gibt, war bei den Besitzenden immer das Bestreben vorhanden, die öffentlichen Lasten auf die große Masse der Besitzlosen abzuwälzen. Das ist eben ein Stück vom Wesen der Klassenherrschaft selbst. Im Mittelalter gehörte völlige oder teilweise Abgabefreiheit zu den Privilegien der herrschenden Klassen; im sogenannten modernen Staat mußte man das indirekte Abgabensystem bis zu seiner heutigen Höhe steigern, damit die vom Liberalismus proklamirte und auf dem Papier der Verfassungen stehende „Gleichberechtigung“ der Staatsbürger auf diesem Wege umgangen werden konnte. So hat das mittelalterliche brutale Vorrecht eine moderne Form in heuchlerischer Verhüllung gefunden.

Indessen weiß man auch bei den oberen Zehntausend recht wohl, daß man mit der Verteuerung der Lebensmittel und den notwendigen Gebrauchsgegenständen nicht beliebig weit gehen kann und daß es auch für dieses System natürliche Grenzen gibt. Allerdings sind auch Leute vorhanden, die diese Grenzen nicht sehen. Sonst hätte man sich nicht zu dem Vorschlag einer Kohlensteuer vertragen, einer Maßregel, die mehr Ertröberung unter das Volk zu bringen geeignet wäre, als Milliarden der schärfsten Flugblätter. Wir wollen nur hoffen, daß sich keine Reichstagsmehrheit findet, die so unklug ist, einer Kohlensteuer zuzustimmen. Wären wir, wie man uns so gern nachsagt, einer reinen Hohenpostpolitik ergeben, so könnten wir die Kohlensteuer nur befürworten. Aber wir wollen den Widerstand des Volkes gegen die Klassenherrschaft nicht um den Preis eines Liebermahns von Gland gesteuert wissen; diese Steigerung kommt auch unter den heutigen Verhältnissen ganz von selbst. Ein Liebermahns von Gland kann aber auch abzumüssen wirken.

So sehen wir heute das liberale Bürgertum sich gebärden, als seien die 400 Millionen indirekter Steuern die Nebenache bei der Finanzreform, die Nachlass- oder Erbschaftsteuer aber die Hauptachse. Wir treten für die Verteuerung des Viehes ein, um den arbeitenden Klassen wenigstens diesen Teil der Neubelastungen abzunehmen. Nur möge man bei den oberen Zehntausend nicht immer mit der abgedroschenen Probe von ihrer „Opferwilligkeit“ kommen. Der ganze Gang der Verhandlungen über die „Finanzreform“ beweist, daß nicht Opferwilligkeit, sondern das Gegenteil Trumpf und daß nicht Patriotismus, sondern Veuropolitik an der Tagesordnung ist. Und welches Opfer bedeuten denn hundert Millionen, die noch zum größeren Teil dem feineren und mittleren Vieh aufgelegt werden sollen, wenn man bedenkt, daß allein in Preußen 50 000 000 Mark Wert an beweglichen und unbeweglichen Besitz der Verteuerung entzogen werden.

Wo das Volk sich über diese doppelzüngige Steuerpolitik des liberalen Bürgertums täuschen läßt, wird es deren Wirkungen hinterher doppelt schmerzhaft empfinden.

Seligspredung der Jungfrau von Orleans.

Unter Schiller hat gewiß nicht gedacht, daß ein poetische Verklärung des „Mädchens von Orleans“ sich ein Jahrzehnt später vom Baskin im Irabriter werden würde, das — am 18. d. M. mit üblichem Gepränge — Jeanne d'Arc „selig gesprochen“ und in den schon so reich bedruckten katholischen Ohm verlegt hat. Dem bis zu Schillers Epoche wurde ihr auch in weiten Kreisen Frankreichs keine besondere Verehrung gewidmet, namentlich nicht unter den Gebildeten. Nur im Volk lebte sie in verbundener Erinnerung fort in ihrer engeren Heimat, und in Orleans wurde der Jahrestag des Entlasses der Stadt als lokales Fest begangen, als eine Art Firmes mit Jahrmärkten und schwachen kirchlichen Einschlag (Hochamt und Liturgie) — wie Mar Nordau in einer Abhandlung vor mehreren Jahren konstatierte.

Die besagte Frau v. Stahl befaßte denn auch in ihrem Buch über Frankreich, daß Jeanne d'Arc noch von keinem französischen Schriftsteller verachtet worden sei, auch nicht, nachdem Voltaire in seiner „Jucelle“, von der Aufklärungsstandes verleiht, ihr Andenken verunglimpfte hatte, mehr noch als Schatepierre in seiner begeisterten englischen Parteilichkeit (in „Jungfrau“). Ein Ausländer ist es, schreibt sie Herr Schiller, der versucht hat, den Namen einer französischen Heidin zu verdamnen, deren unglückliches Schicksal für sie einmüde und deren Grothaten berechtigte Begeisterung für sie wachrufen müßten. Einen Umwandlung brachte die große Revolution. In dem Bestreben, Republikanismus zwischen den Verhältnissen der Republik und den großen Ereignissen der Vergangenheit zu konstruieren, sah man mit einem Male in Jeanne d'Arc eine Vertreterin des Staats nach jacobin-

nisch-jacobinistischem Querschnitt. „Sie erschien als Vorläuferin von Kasare Garibaldi, dem „Organisator des Sieges“, von Dumouriez, dem Sieger von Balm und Jemappes. Ihr Marsch nach Orleans erinnerte an den Zug der Rheinarmee.“

Man weiß, wie sehr Diderot als Historiker, verklärte sie dann im 18. Jahrhundert als schwaermächtige Patriotin und dabei als Demokratin, welche die ungeschulte Volkskraft dem feigegebigen Adel entgegensetzte und mit ihrem schlichten Verstand gut machte, was die Feudalwelt verdohten hatten.

So wurde sie zur heroischen Gestalt empor, und nun bemächtigte sich ihrer der Merkantilismus nach 1870 für seine Propaganda. Der Jeanne d'Arc-Kultus bildet einen Teil des ultranationalen Systems der Merkantilistischen Frankreichs. Er hatte seinen Platz neben dem „Herz Jesu“-Dienste (Sacré Coeur), der Erziehung der „Sünderin“ auf dem Montmartre und andern. Die Patriotin, im guten Sinne, trat in den Schatten der Heiligen, die für den alleinigen göttlichen Glauben und dabei für den legitimen König lebte, litt und starb. Man gewöhnte sich daran, die Erinnerung an sie mit Vorstellungen von Kreuzen und Kirchenbauern, von Weiden, Wägen und Altarbildern von Wundern und himmlischen Eingebungen zu verknüpfen. In den Salons wurde ihre Hysterie maßlos dargestellt, in eine mythisch-fantastische Atmosphäre gehüllt. Das waren die großen Eindrücke, welche für Denkmäler errichtet. Sie war der Mittelpunkt kirchlicher Zirkelveranstaltungen, die Patronin der berühmtesten Patriotiche Dorelles, und in Vatikan wurde auf ihre Heiligensprechung hingearbeitet.

Man erinnert sich der ferkalen Hege gegen den Gymnasiallehrer Tholamas in Lyon, der in der Geschichtsstunde den ultranationalen Schwindel einer nichtigen frische Aufstellung entgegenstellte, was dessen erzogene Berührung nach Paris zur Folge hatte.

Zur rechten Zeit kam daher das auf umfassenden Quellenstudien beruhende und mit den bekannnten Vorzügen des feinsinnigen Literaten abgefaßte zweibändige Werk „Leben der Johanna von Arc“ (Vie de Jeanne d'Arc) von Anatole France. Er weist nach, daß die vorhandenen Urkunden und Berichte teils gefälscht, teils partiell gefälscht, teils Erzählungen aus zweiter und dritter Hand seien, und es gelang ihm, heilbringend durch den Nebel der Legende historische Wirklichkeit zu entdecken.

Ihre Freunde an der Schillerischen Tragödie kann durch diese Enthüllungen nicht beunruhigt werden. Wir wissen ja längst, daß wir es da mit einer prächtigen poetischen Schöpfung zu tun haben, zu welcher die Phantasie des Dichters reichen Stoff lieferte. (Siehe das treffliche Schicksal von Franz Weching.) Freilich erfahren wir aus dem Buch von Anatole France wertvolle Details.

So namentlich, daß der Entschluß von Orleans nicht weniger war als eine Heldentat und der Zug nach Orleans sogar ein schwerer Fehler. Orleans war gar nicht eingeschlossen, man ging während der ganzen Belagerung in der Stadt frei aus und ein, verfuhr sich mit Lebensmitteln, wie man wollte, konnte Gerben, schlachten, schlachten, Wogenzüge, Soldatenhäuser einrichten und gabte immer mehr Vertrieben an. Die Belagerer hatten leicht mit den Engländern fertig werden können, wenn sie einige Energie gehabt hätten. Die Ankunft des Mädchens, dem der Ruf einer Zaubermagischen vorausging, gab den Bürgern von Orleans Entschlußfähigkeit. Das war das Wunder, das sie dort wirkte. Und wenn sie nicht die ihr wohl vom Erzählung von Rheims eingeebete Idee gehabt hätte, den Dauphin in Rheims zum König zu krönen, wäre sie nach der Aufhebung der Belagerung von Orleans besser den Engländern in die Normandie gefolgt und hätte den Sieg der Sade des Dauphins vollendet.

Ein Wunder war es auch nicht, daß sie den König bei der ersten Begegnung als solchen erkannte. War es ohnehin nicht schwer, ihn aus den Festungen herauszufinden, so sind ihr vermutlich auch Winde gegeben worden. Die Zeugen der Szene waren keineswegs von dieser Erkennung verblüfft.

Nach Anatole France haben wir in Johanna ein armes, frisches Dorfmadchen zu erblicken, eine Opferische, die zur Zeit ihrer Pubertätsentwicklung Gedächtnis und Gedächtnis haluzinationen hatte, welche dem Gedächtnis des Jünglings frische Formen anmahnen. Sie glaubte aufrichtig an ihre himmlische Sendung zur Rettung Frankreichs, ließ sich aber dabei unbewußt von sehr weltlichen, besonders geistlichen Suggestionen leiten.

Nach dem Buch von Anatole France und besonders aber nachdem sich die Republik von den Umfriedungen der ferkalen Voa befreit hat, kommt die Seligsprechung der Johanna zu spät. Sie wird die ursprüngliche gehegte reaktionäre Absicht nicht erreichen und weiter keine Wirkung haben, als daß im katholischen Himmel eine Stelle mehr platziert ist.

Politische Uebersicht.

Ergebnis der Stichwahl im 18. hannoverschen Reichstagswahlkreis.

Bei der Stichwahl am Sonnabend erhielten nach der bisherigen Feststellung Dohseberger Dohpe (N. L.) 11150 und Rhein (S. D.) 6324 Stimmen. Rück Wahlkreis stehen noch 11150 Stimmen. Bei der Hauptwahl am 6. April erhielt Genosse Rhein 6850 Stimmen. Der Zuwachs ist offenbar aus eigenen Reserven unserer Partei gekommen. Alle bürgerlichen Parteien sind für den Nationalliberalen eingetreten.

Daß er trotz seiner Kränklichkeit noch einen „Stumper“ übertragen konnte. Ueberhaupt dachte er heute viel ruhiger über die geschehenen Dinge. Gewiß, im Dorf waren alle Häuser in Bewegung. Auf Boden, ja auf Monate hinaus hatten die „Drahtler“ Stoff. Gott sei Dank, man war keinem etwas schuldig. Jetzt blieb es den Kopf, man war keinem etwas schuldig. Die Wahl wurde aus einmal verurteilt. Das Wichtigste war, daß die Mariann sich duckte. Er hatte ihr auch gehörig den Kern geackert. Da fiel ihm ein: noch waren die Vorbereitungen zur Beirung der Götter zu treffen. Man mußte sich tummeln. Die paar Stunden gingen schnell herum. Dem Stumper seine Frau sollte in der Küche helfen. Das Getränk lieferte der „Pfug“. Sapperment! Da schlug's schon fünf, Alsbald trat er den Stumper an.

Am Mädelersang, unfern der Straße, die in bedeutender Steigung zum Oberwald führt, liegt der Lodenacker, ein Weid, von niedriger Mauer umgeben. In aller Frühe ist die Mariann heraufgekommen. So schnell ist sie gegangen, daß sie schier den Atem verloren hat. Fernsinnig steht sie am Tor.

Drumten im Tal wogen die weißen Nebel. Am Firmament ist der Mond noch sichtbar, der bleiche Gefell. Dürftwärts, wo der Wall der Berge im Dämmergrau liegt, treten die Konturen allmählich scharfer hervor. Die Wäldchen, die den Acker durchschneiden, färben sich violett. Mit einem Male bligt es über die Kuppen, und der Sonnenball schiebt empor. Vor seiner Lichtfülle stehen die letzten Schatten der Nacht, das Gelippen in der Niederung gerinnt, und in buntem Farbenspiel ist das Gelände auf.

Die Mariann hat kein Auge für all die Pracht. Sie sieht übermäßig aus, und ihr Gesicht zeigt die Spuren vergrößerter Tränen. Nun öffnet sie das Friedhofstor und wendet sich der Linken, wo hart an der Mauer das Grab ihrer Mutter liegt. Auf granitinem Sockel erhebt sich ein schlankes Marmorrelief, dessen Vorderseite die Inschrift trägt:

„Hier ruht in Gott Katharina Luise Dohseberger, geboren am 4. Juni 1834, gestorben am 17. April 1889.“

Auf der Rückseite stehen die Worte des Epitaphs: „Wo dein Geis nicht mehr der Erde gewesen wäre, so wäre ich vergangen in meinem Elende.“

So oft die Mariann das Grab besucht, bringt sie — je nach der Jahreszeit — einen Blumenkranz oder einen Weidkranz mit, heute in ihrer Seelenpein ist sie mit leeren Händen erschienen, nur von dem Gedanken geleitet, daß ihr leichter werde, wenn sie an der gemeinsten Stätte ihr Herz ausschütete. Sie kniet nieder und faltet die Hände wie zum Gebet: „Mutter, ich kann Dir

Der Kampf um die Reichsfinanzreform.

Seute tritt nach Beendigung seiner Osterferien der Reichstag wieder zusammen. Die Zeit der Vertagung hat eine nicht unerhebliche Verschärfung und Zuspitzung des Kampfes um die Reichsfinanzreform gebracht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt, den Wiederzukunftstritt des Reichstags mit folgenden Worten begründen zu dürfen:

„Auf seinem wichtigsten Arbeitsgebiet, der Reform, findet er (der Reichstag) ein verändertes Bild vor. Erfüllung von der Sorge, daß der schleppende Fortgang der Kommissionsverhandlungen die abschließende Wiederherstellung des deutschen Finanzwesens verhindern könne, hat die öffentliche Meinung sich erhoben und in den Wochen seit der Vertagung des Reichstags allertot mit größter Entschiedenheit den festen Willen zum Ausdruck gebracht, daß die Finanzreform noch diesen Sommer unter Hintanhaltung aller Parteigegensätze und Interessensüberstände zum Abschluß gebracht werden müsse. Die starke und spontane, aus dem Volke und aus den Wählern hervorgehende Bewegung ist ein großer, ungewöhnlicher Vorgang; er beweist, daß das deutsche Volk über die ihm noch im vorigen Jahre mit Recht vorgeworfene Steuerhölle hinweggekommen und die Einsicht in die staatlichen Notwendigkeiten in befähigtem Fortschritt begriffen ist. Die Vertreter des Volkes aber haben sich davon überzeugen müssen, daß vor den Wählern nicht derjenige am besten stehen wird, der die meisten Steuern abgesehen, sondern der, der das meiste zum Zustandekommen der Finanzreform beigetragen hat. Seute dürfen wir hoffen, daß von dieser Ueberzeugung die Arbeiten der Finanzkommission und des Reichstags in den bevorstehenden entscheidenden Monaten getragen werden. Insbesondere hat die Erbanfallsteuer in immer wachsender Weise bei allen Volksschichten Freunde gewonnen. Schließlich hat auch die Opposition gegen diese Form der Besteuerung an Widerstandskraft erheblich eingebüßt.“

Wenn das offiziöse Blatt glauben machen will, daß die Volksstimmung zugunsten neuer Steuern „umgeschlagen“ ist, so macht sie sich einen sehr ungeschicklichen Versuch, die ebenfalls nicht die erdrückende Mehrheit der Nation nach wie vor in scharfster Opposition zu der Vermehrung der indirekten Steuern; die Anhänger einer Finanzreform auf der Grundlage dieser Steuern haben sich nämlich nicht vermehrt. Die Arbeiterklasse hat von vornherein zu einem System direkter Besteuerung, grundsätzlich auch zur Nachlasssteuer sich bekant. Sie war in diesem Punkte nicht in der Lage, sich unter dem Druck der Verhältnisse „mausen“ zu müssen. Die „Befreiung“ entfällt lediglich auf bürgerliche Kreise.

Das offiziöse Blatt erhofft übrigens das finanzpolitische Geil von einer „nationalen und internationalen Sanierung“, das heißt aber nichts anderes, als beschleunigte Verabreichung, Beschleunigung der Debatten, Vorgehensweise der Opposition. Und es wird dabei ganz zweifellos auch auf die Unterdrückung der freisinnigen geredet. Die Sozialdemokraten werden natürlich gegen jede Preis in entscheidender Weise opponieren, jedem Versuch, die Steuererläge durch aufzupfeuern, den möglichst härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Fürst Bismarck gedenkt, dem Wiederzukunftstritt des Reichstags in Hinblick auf die Finanzreform eine besondere Weise zu geben. Er will die Verhandlungen aus dem Reiche, die persönlich eine diese Reform betreffende Kundgebung veranstalten wollen, heute empfangen. Es handelt sich vornehmlich um Abordnungen aus Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und den süddeutschen Staaten. Fürst Bismarck wird bei dieser Gelegenheit gewiß schon unterrichtet sein über die neuen großen Protestkündigungen, welche die Sozialdemokratie in verlossener Woche im ganzen Reiche veranstaltet hat. Aber diese Kundgebungen sind er natürlich ignoriert.

Bei der zweiten Lesung der Brantwein-Steuervorlage soll der Finanzkommission des Reichstags nach der „Mitt.-Pol. Korresp.“ ein neuer Vorschlag unterbreitet werden. Dieser sieht eine Art Verstaatlichung der Spirituszentrale vor, etwa nach dem Vorbilde der Reichsbahn. Der Urheber des neuen Gesetzgebungsplanes ist Abgeordneter Dr. Waage sein.

Von weiteren Mitteilungen sind noch folgende zu berücksichtigen:

Die konservativen Gesamtpartei Anhalts stimmt der Reichsfinanzreform nach dem Regierungs-vorschlage zu. Das erklärte am Donnerstag in einer nationalliberalen Versammlung in Göttingen der Vorsitzende des konservativen Vereins, Professor Lüdtke. Wohl hätten die Konservativen Bedenken bezüglich der Erbanfallsteuer, könnten sich aber der Notwendigkeit nicht verschließen, daß auch der Wert getroffen werden müsse.

Nach einem Vortrage des Landtagsabgeordneten Stroffer über die Reichsfinanzreform hat eine Versammlung des konservativen Vereins in Weislaun nach der „Sächs. Ztg.“ einstimmig folgende Entschlüsse angenommen, die dem Reichstag und der konservativen Reichstagsfraktion übermittelt werden soll:

„Die am 15. April vom deutschkonservativen Verein Breslau einberufene allgemeine Wählerversammlung richtet an den

[16] (Nachdruck verboten.)

Der Ruppelhof.

Roman von Alfred Bod.

12.

„Glad vier, nach ein paar Stunden stürzenden Schlafes, war der Dohseimer wieder auf den Beinen. Im Stall fand er den Hannpeter bereits am Werk, eine Raft Reie auf die Kauen zu verteilen, und er lobte im stillen den Fleiß seines neuen Helfers. „Du Morje, Nachbar!“ bot er ihm freundlich die Zeit. Der Hannpeter drehte sich um. „Du Morje!“

„Das war ein hübsch Wetterchen die Nacht.“ „Das will ich meinen. Hast Du's schon gehört?“ „Was dann?“

„Mein Dapperklus hat der Sturm die neu Scheuer zusammengeblasen.“

Der Bauer trat einen Schritt zurück. „Donner aber auch!“

„Wahrscheinlich hat sich der Wind da gefangen.“ „Das ist möglich“, sagte der Dohseimer. „Du kennst mir's glauben, ich in meiner Stüb' hab' auch ein paarmal getan, das Geblä' ist auf mich brechen.“

Der Hannpeter kam näher. „Baldschickel! Mein Haus hat kein Meig aus. Aber mein Geleit. Da muß man sich einmunden, daß wir paffert ist.“

„Wie un' Herrgott will“, sprach der Bauer. „Ich gehn es rich einmal aufs Feld und guä, wie's ausseht. Ich sein schwind wieder da.“

Während der Hannpeter in den Stall zurückkehrte, schritt der Bauer die Lohmühlstraße entlang, schwenkte in den Engpäß ein und gelangte gleich darauf ins Freie. In der ganzen Gemarkung hatten die Wassermaßen den Feldfrüchten beträchtlichen Schaden getan. Jazobi sollte die Ernte beginnen. Das waren trübe Aussichten.

Des Dohseimers Eitern legte sich in kalten, Realistisches Wiedererlebe waren in dieser Gegend nicht selten, aber so schlimm wie geitern nach hatte das Wasser seit Jahren nicht gekaut. Freilich, Wiesen und Weidgelände hatten keine Not darunter gelitten.

Was predigte er denn immer? Steift Euch nicht auf den Hörnerbau. Auf dem Balast die dünne Alerteume brachte nur geringen Ertrag. Lage und Form der Grundstücke waren vielfach unvorteilhaftlich. Hierorts bestand noch der alte Flurzwang. Danach mußte die Bestellung der Acker zu gleicher Zeit und mit den gleichen Früchten erfolgen. Bürgermeister und Feldgeschmone pfändeten die Wege ab, die den Fuhrwerken zugänglich waren. So oft er im Gemeinderat seine Stimme für die Feldberainigung erhob, ließ er auf eine geschlossene Gegenpartei. Keinen Plinnig bewilligte man. Und weil die Borellern Getreidebauern gemein waren, mußten es die Nachfahren auch sein. Alles wies hier oben auf Grasbau und Viehwucht hin. Wohl gestemte sich, auf Wasserfische und -kraut zu halten, aber mit dem Wasserblut, daß man dabei vorwärtskam und der Zeit ihr Recht nicht verlorste. Wasu hatte einem der Herrgott den Verstand gegeben, wenn man ihn nicht gebrauchte?

Er ging den Gaidobweg hinauf bis zum Donnerwäldchen, wo seine und des Allendörfers Grundstücke lagen, zusammen wußt an zweihundert Morgen. Ein staltlicher Weist! Noch ein paar Monate weiter, und der Weg war darüber Herr. Ein hitteres Gefühl stieg in ihm auf. Gern gab er die Zügel nicht aus der Hand. Da hatte man sich sein Leben lang abgehandelt, und so ein fremder Mensch kriegte den Schmand davon. Stät, stät! Sein Kind hatte doch auch teil daran. Und am End mor's gut, daß er rariete. Er hatte das Leben und mußte sich Schonung auferlegen. Für die bereitwilligen Güter war's von ungeschäbberem Vorteil, daß der Ranges fall gestellt wurde. Der Hannpeter hatte verstanden lassen, daß der Allendörfer und sein Sohn nicht zum besten miteinander stünden. So konnte man den Loderkranz desto leichter zu sich herüberziehen. Ein junger Akt ließ sich noch biegen. Gebläsete sich das Verhältnis so, wie er wünschte, dann ließ er auf seinem Allenteil und hielt den Weg am Anbel. Der mußte noch mancherlei lernen und durfte von Glück sagen, daß ihm sein Sämgewerter mit Rat und Tat zur Seite stand.

Der Dohseimer ließ die Ereignisse des gestrigen Tages noch einmal an sich vorüberziehen. Er munderete sich bloß, daß das alles so gut überstanden hatte. Das war der beste Beweis,

gar net sagen, wie ich mich braut.“ Ich hab meinem Vater aus reinem Herz gethanen, wie's mit mir und dem Fried gewest is. Ich hab mich hoch und heilig verchworen, und he traut mir doch net. Se glaubt, schreit, ich tät mit dem Reich unter einem Hüften spielen, und schreit zu den Weg als Riegel vor. Mir Geneus weiß ich net, aber 's is mir so, als hekt der Hannpeter dabei hinter der Schultippenackel! Doch was im Werk is, hab ich gelt gleich gemerkt. Alsbort is der Weg um mein erum gehandelt. He is mir zuwider. Und heut is die Weat. Was soll dabaus werden! Guä, das is schrefflich, daß ich mich bei keinem net aussprechen kann, außer bei dem Fried. Meine Kameraden sein ganz anderweit wie ich. Gest sagt die Abgabersmarie, die ist dedenhoch springen, wann sie ein Wurf trag wie den Weg. Und mich schauert's, wann ich denf, daß er mir nach kommt. Mein Vater spricht, das war unbedenklich, daß ich den Fried gern hab. O nee. Das Gerhaben is so oft wie die Welt. Ich hab schon in der Konfirmandenfund gelernt, daß man seinem Mann von ganzem Herz anhangen soll. Kann ich dann das bei dem Weg? Ja, mit dem Fried, das war net anders. Eß bringt mir mein Vater den Rücken** auf. Mor Dir brauch ich nit zu berhalten. Die Nacht sein ich drauf und dran gewest, zum Fried zu gehn. Dem is allemal gewest net gut und häit mich mit Freuden aufgenommen. He war auch mit mir forgezogen, wann's nicht müßt, nach Amerika. Ich hab mir's vielmal überlegt. Ich sein meinem Vater sein einzig Kind. Eß hängt an seinem Weis, an den Aedern und Wiesen. Und ich hab auch mein Schab dabran. Das liegt im Blut. Im' Ead im Stich lassen, kann ich net. Mein Vater is ein frommer Mann, aber eigenköppig, alsemal auch traggig. Soll's von seiner Kränkheit kommen? Ich schä's, he is früher schon so gewest. Du müßt's ja wissen, Mutter. 's gedenkt mir, wie ich nach ein Klein Hinbelchen war, hat he Dich einmal schrefflich angeschrien. Und hat keine Widernwort geden, hat nur geflennet. Guä, wie mir so minnetoch war die Nacht, is mir das eingefallen. Und hat auch gerisshelt in meiner Kammer. Gest, Mutter, Du höst mir geklopft? Sei ganz ruhig, ich kenn mein Weg. Du bist mit meinem Vater fertig worden, und ich muß sein, wie ich mit dem Weg fertig werd. Ich hab ja Sorg, 's wird mir nit mit dere Weat. Und wann ich in Hafnenstellen fall, ich tun meine Arbeit und sein still.“

„Allo machte sie ihrem bedrückten Herzen Luft. Als sie den Friedhof verließ, lagerte ein tiefer Ernst auf ihrem Gesicht, ihr Blick aber bekundete Entschlossenheit, sich in das Unbermeidliche zu fügen.“

(Fortsetzung folgt)

* brachten = sich Sorgen machen.
 ** Bräutigam.

Schulan. Gemeindevorsteherwahl. In der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes wurden die Listen zu den Vorarbeiten für den Bau von Schulhäusern bewilligt. Sie betreffen sich für die Gemeinde auf circa zwei bis dreihundert Mark pro Klassenraum. Dem Vorsteher ist bekannt, daß der Kreisbauamt beschließen hat, zu den Schulhäusern für das Jahr 1908/09 M. 600 beizutragen.

Webel. Parteiverammlung. Neu aufgenommen wurden fünf Mitglieder. Der Kassier ermittelte die Abrechnung des letzten Quartals. Der Kassierbericht wurde dem Vorstande vorgelegt. Die Einnahmen betragen M. 218.90. Die Ausgaben M. 200.00. Der Kassierbericht wurde dem Vorstande vorgelegt. Die Einnahmen betragen M. 218.90. Die Ausgaben M. 200.00.

Wandbesuch und Umgegend.

Der Anschlag des Wandbesucher-Gewerkschaftsartikels an das Hamburger ist beschlossene Tatsache. Die in den einzelnen Gewerkschaften vorgenommene Abstimmung hat ergeben, daß die Mehrheit die Verurteilung wünscht. Wir können das Ergebnis nur mit Freude begrüßen, da es unzweifelhaft im Interesse der gesamten Wandbesucher-Arbeiterschaft liegt.

Der Verein der Kunstfreunde veranstaltet am Donnerstag, 22. d. M., im „Wandbesucher-Hof“ einen Mathias Claudius-Abend unter der Mitwirkung von Dr. D. W. W. (Vortrag), Fräulein Vogel (Regitation), Fräulein Schall (Gesang), Fräulein (Tänze) und der Mathias Claudius-Kapellisten (Dirigent Schöbels); Anfang 8 1/2 Uhr.

Die letzte Kollegien Sitzung endete nach nicht ganz dreistündiger Dauer mit der Erledigung sämtlicher Tagesordnungspunkte. Freilich handelte es sich in der Hauptsache um „Selbstverständlichkeiten“. Da unsere Stadtdirektion sich über die meisten Fragen in „a e f i e m e“ vorzuzugewöhnen pflegt, so ist der Vermögensaufwand in der dem Publikum zugänglichen offiziellen Zeitung nur von geringem Interesse und bezieht sich auf Fragen, in denen die einzelnen Vertreter ihren Standpunkt zu motivieren für zweckmäßig erachtet. Da das im Interesse der Bürgerlichkeit und am besten Ende auch der Stadtdirektion selbst liegt, will uns mindestens zweifelsfrei erscheinen. Wir sind überzeugt, daß man eines guten Tages aus gewissen Gründen mit dem neuen Brauche brechen und nach alter guter Weise zu allen Dingen, soweit nicht aus zwingenden Gründen Ausschluß der Öffentlichkeit erforderlich ist, „vor verarmtem Volk“ seine Meinung sagen wird, was das sicher auch die Schöpfer der Stadtdirektion gemocht haben. Es ist ja ganz nett, wenn die „Wandbesucher“ so glatt einen nach dem andern ohne viel Gerede abgetan werden, — aber der zahlungspflichtige Bürger hat doch schließlich ein Recht darauf, das Wie und Warum zu erfahren. Und das ist auch den Stadtdirektion nicht zu verdenken, denn die Erörterung der wichtigsten Fragen ist ihnen ein Recht, haben sie in der Frage des Verlaufs der hiesigen Arbeitererziehung müssen, deren Behandlung durch die in Folge der hiesigen Verhältnisse gar nicht anders zu sein konnte. Was man bei Bagatellen sich vorher verhandelt und die Mittel mit der oft unzureichenden Mittelzahl zu werden pflegt, aber bei großen und grundsätzlichen Fragen ist es zweckmäßig und geziemend, die Handlung mit Gründen zu stützen und die Ansichten von Mehrheit und Minderheit der Mittel zur Nachprüfung zu unterbreiten. Im übrigen ist, wie gesagt, die Sitzung nicht bemerkenswert; da das Stadtdirektorat beurlaubt ist, wurde vor seiner Abreise noch alles erledigt, „keine Gemüte“ beteiligt. Wenn Herr W. auch neugierig zurückkehrt ist, geht es an das Ansehen der großen, harten Aus- und Lehrentscheidungen. Freilich werden dann die Erörterungen der wichtigsten Fragen ein wenig erleichtert, indem der hiesigen Arbeitererziehung genügt, von sich hören zu lassen; denn die Beamten sind gar unerbittlich und optern schließlich auch die Besten der Jung und Altes.

Antistisches. Vom 1. Mai an werden durch die Gesundheitskommission Revisionen sämtlicher Grundstücke vorgenommen, zu welchem Zweck ihr sowohl die den Beamten des Stadtbauamtes der Zutritt zu allen Grundstücken und Gängen zu gestatten ist. — Das Polizeiamt macht bekannt, daß der Polizeiarzt Dr. Moritz durch das Publikum nur unter Vermittlung der Polizeibehörde in Anspruch genommen werden darf. Ausnahmen sind nur in sehr schweren und eiligen Fällen zulässig.

Der Ostermarkt, auch „Konstantinmarkt“ genannt, erfreute sich an beiden Tagen eines solistischen Besuchs; namentlich am Sonntag herrschte auf den Hauptstraßen und in der Budenstadt ein geradezu beispielloses Gemälde. Leider regnete die Regen allzu früh ein und schenkte das Publikum in die Wirtschaften, so daß am ersten Tage den Marktbesuchern der Profit fast beschneit wurde. Hoffentlich wird die Witterung am zweiten Tage, der sich besser hielt, entschädigt werden. Der hiesige Guss von oben scheint am Sonntag gut gewirkt zu haben, denn die Aufschreitungen, wie sie sonst an der Tagesordnung sind, wurde bisher nicht gemeldet; nur zwei Wagnisse lieferten sich in einem Tanglokal eine Schlägel, bei der es Haare kostete.

Ans dem Kreise Stormarn. Der Landrat wird die ihm unterbreiteten Beschlüsse an die Kreisverwaltung angelegentlich gebieten, durch die Kirchpfarrer und Gemeindevorstände, die er empfiehlt, höchsten die Gehälter der Unterlehrer zu begünstigen, dagegen jede Vergrößerung streng zu vermeiden, die den Kindern erweisen könnte, als werde der Inhalt der Schreiben amtlich bestätigt. — Unter dem Vorbestande des Gärtners Peters in Jenseid ist die Zutunzena ausgetrieben.

Hamburger Landgebiet.

Zum Langenhorner Bahnprojekt. Von der Direktion der elektrischen Kleinbahn in Wandsbek ist jetzt das von ihr bearbeitete „Königliche Ringbahnprojekt“ über den Aufschluß des gesamten Nordens von Hamburg fertiggestellt worden. Dem „Fremdenblatt“ entnehmen wir darüber folgendes: Wie bereits früher bekanntgegeben worden ist, richtete das königliche Ringbahnprojekt einen rein elektrischen Betrieb vor, der nur hoher Geschwindigkeit und in ähnlicher Weise geplant ist, wie er auf der Wandsbeker-Hörsbörcher Bahn funktioniert und auch für die Hoch- und Untergrundbahn in Aussicht genommen ist. Insbesondere werden die Wagen, ähnlich wie die der Vollbahn, mit zwei Achsen und allen Neigungen und Antriebsmechanismen ausgestattet sein. Die Bahnhöfe fallen sich in Wandsbek an die Stelle der Hoch- und Untergrundbahn an, wird mittels einer kleinen Vorstation auf das Gelände des Friedhofs geführt und von hier weiter durch Fußstufen in das Gebiet der Gemeinde Langenhorn. Von hier aus verläuft die in gerader Richtung bis zur Irenenstraße, wo eine Abzweigung in der Weise vorgeht, daß eine Linie nach Ohlsdorf führt, während die andere über Glasbütte und Langstedt nach Wandsbek verläuft, um sich hier wieder an die bestehende elektrische Kleinbahn Altrahelmsbühl-Wandsbek-Wohldorf anzuschließen. Von Langstedt aus ist eine weitere Hauptlinie über den Ort Wilsbühl nach Wandsbek in Aussicht an die Eisenbahn-Abzweigung nach Wandsbek angelegt worden. Sämtliche vorgeschlagenen Linien haben schon vor längerer Zeit für viele günstig angelegte Ringbahn-Ausschlüsse durch Gemeindevorstände nicht nur die hiesige Frage, sondern auch die der anderen Landkreise, sondern auch erhebliche Bedeutung gewonnen. Seit dem 1. April bis zum 31. März 1908, für den Bau von 1000 Arbeiterstellen, gleichzeitig mit der Errichtung der Bahn ist die Abgabe von elektrischer Energie für Licht- und Kraftzwecke geplant, so daß alle von der Bahn betriebenen und in ihrer Nähe liegenden Orte alle Vorbedingungen für eine günstige Entwicklung erhalten.

Bergedorf. Die Hofhandarbeiten sind beendet. Sämtliche der Hofhandarbeiten beschäftigte gewerbliche Arbeiter haben nach und nach anderweitig Beschäftigung gefunden, bis auf acht, die vorläufig im Dienst der Stadt verbleiben. Gemeint hatten sich insgesamt 140 Arbeiter, die zum Teil bei der Aufhebung des Fortes Moors, bei dem Weg von der Holtenauer nach dem Friedhof, beim Brückenwäldchen und in der Stadt beschäftigt wurden. Da die Zahl der Arbeiter bei den Hofhandarbeiten von Tag zu Tag geringer wurde, konnte der Weg bei der Holtenauer nicht fertiggestellt werden. Es wird jedoch beabsichtigt, in den nächsten Tagen mit dem Bau des Weges fortzusetzen, so daß derselbe dennoch im Laufe des Sommers zur Benutzung freigegeben werden kann.

Bergedorf. Die hiesige Zahlstelle des Fabrikarbeiters hat am 1. März 1908 im Monat März insgesamt 101 arbeitslose Mitglieder, die zusammen 880 Tage hielten. An Arbeitslosenunterstützung wurden in der Zeit M. 798.90 ausbezahlt. Gegen den Monat Januar ist eine Abnahme von 1080 Arbeitlosen gegen zu verzeichnen. An Unterstützung wurden M. 744.30 weniger ausbezahlt. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen auf die Notlandarbeiten, die seitens der Stadt und des Nachbarortes Sande in Angriff genommen wurden, zurückzuführen. Im Laufe des ersten Quartals wurden also insgesamt 327 Mitglieder von der Arbeitslosigkeit befreit, die zusammen 3955 Tage feierten und für 3166 Tage M. 311.60 ausbezahlt erhielten. Am Tag zu M. 3.50 beim letzten Verteilung eines Monats dieses Quartals an 18 1/2 Mitglieder zu verzeichnen. Außerdem wurden in dem der hiesigen Zahlstelle angelegte Distrikt Wandsbek an 24 Arbeitslose M. 569.50 Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug hier im ganzen Quartal 719. Das entspricht einem

Wohnausfall von M. 2516.50. Insgesamt hatte die Zahlstelle Bergedorf des genannten Quartals im 1. Quartal M. 8771.10 an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die Abrechnung der Hauptliste ergab im 1. Quartal eine Gesamteinnahme von M. 6818.80, eine Ausgabe von M. 7055.58, somit eine Mehrausgabe von M. 2339.99. Die größten Ausgaben erforderten die Arbeitslosenunterstützung mit M. 8771.10; die Krankenunterstützung mit M. 1667.85; die Gewerkschaftenunterstützung mit M. 87.50 und Bergedorf mit M. 199.50. Die Lokalfakultät eine Einnahme von M. 3774.31, eine Ausgabe von M. 2156.46. Es verbleibt ein Restbestand von M. 1117.84. Die Zahl der Mitglieder ist nun 80 zurückgegangen, nämlich von 1845 auf 1815. Der Rückgang ist weniger durch Austritte als durch Verlassen der Mitglieder, die glaubten, anderwärts bessere Arbeitsgelegenheit zu finden, zurückzuführen. Während 58 Mitglieder im Laufe des Quartals dem Verbande neu beitraten, traten 31 aus oder mußten wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden. Weitere 10 Mitglieder traten zu andern Verbänden über.

Eingaben. Die Beitragszahlung durch Donationsleistung, eine wertvolle Förderung, wird demnächst in den Auktionshallen des hiesigen Fischmarktes eingeführt. Ein sehr reichhaltig konstruierter elektrischer Donationsapparat, dessen Strom von 100 Volt aus Sauerstoff-Öfen fabriziert und dieses die Luft sofort wärme erregend und erhellend durch in dem Hallen belebend verbreitet, ist bereits aufgestellt und wird demnächst in Betrieb gesetzt. Die von ihm in der ersten Wanne gelassenen Donationen werden zweifelslos den Vereinen zum Nutzen in der Auktionshalle, zumal in der warmen Jahreszeit, zu einem angenehmen machen, und nicht zum mindesten sehr viel dazu beitragen, daß die hiesige Fischerei erhalten bleibt. Die Donationsleistung im wesentlichen in der Weise, daß die perborbene Luft durch ein sehr hoch gespanntes elektrisches Geflecht geleitet und so jonisiert, d. h. ihr Sauerstoff verdichtet wird. Dadurch wird ein Teil des Sauerstoffgehalts der Luft in ordnungsfähigen Zustand gebracht, so daß schädliche Keime in ganz kurzer Zeit vernichtet sind.

Soziale Rundschau.

Der Vorkontroll der Fürsorgeerziehung.

H. Seit ungefähr sieben Jahren ist in Preußen die „Zwangserziehung“ durch die Fürsorgeerziehung ersetzt worden. Die Veränderung sollte eine sozialpolitische Tat sein, es sollte an Stelle der mit großen Strafmitteln arbeitenden Zwangserziehung die Fürsorge treten, so wurde wenigstens laut verbreitet. Geändert hat sich in Wirklichkeit aber wenig, auch die Fürsorgeerziehung besteht in der Hauptsache in der Anwendung von Zwangsmaßnahmen, die in dem Bereich, durch reichlichen Gebrauch strafrechtlicher und polizeilicher Einflüsse der Fürsorgeerziehung eine Gefährdung der Freiheit zu bringen, die für die Erziehung der geistig oft schwächer zu behandelnden Jünglinge nicht nur wertlos, sondern direkt schädlich ist, und die sofort von den Jünglingen abgelehrt wird, wenn sie der rauhen, man kann auch sagen rohen Behandlung der Anstalten entweichen sind. Beispiele, wie wenig die Erziehungstätigkeit in den Anstalten der Fürsorgeerziehung geeignet ist, die Jünglinge zu brauchbaren Menschen zu machen, haben die letzten Jahre genug geliefert. Gerichtsverhandlungen liegen erkennen, zu welchen Ausbreitungen die Fürsorgeerziehung trotz jährelanger Anstaltsverwaltung kommen, aber sie rollen aus Bildern von den Zuständen in den Erziehungsanstalten auf, die mit aller wissenschaftlichen Genauigkeit bezeugen, daß in Preußen die Fürsorgeerziehung alles andere als erfolgreich, als eine wirksame Ausbildung und Befähigung des Charakters, als eine wirksame Förderung der Naturkräfte und Herangehen der hiesigen 1908 erklärte Dr. Müller-Kölln in einem Vortrag über die Höhe der Prostitution, daß die Fürsorgeerziehung eine gute Vorstufe für den späteren Beruf der Prostitutionen sei. Und auf dem ersten deutschen Jugendgerichtstag, der am 15. und 16. März d. J. in Berlin tagte, wargen der Berliner Jugendrichter Pfister seine Kollegen vor der Anwendung der Fürsorgeerziehung. Verzeihen darf die Fürsorgeerziehung auf dieser Zeitung fast nur in Verbindung mit Erziehungsanstalten.

Was so aus der Fülle von Einzelerscheinungen zu entnehmen ist, daß nämlich die Fürsorgeerziehung ihren Zweck vollständig verfehlt, erweist auch die Statistik über die Ergebnisse dieser „Staats“-erziehung.

In der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 wurden nach dem vom preussischen Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik 6923 Kinder und jugendliche Personen (bis zu 18 Jahren) der Fürsorgeerziehung übergeben. Insgesamt kamen seit 1. April 1902, dem Tage, an dem das Fürsorgeerziehungsgesetz in Kraft getreten ist, 38 900 Personen in Fürsorgeerziehung. Gewiß hat aber die finanzielle Erziehung nur bei sehr wenigen Jünglingen, denn in den 5 Jahren bis 1907 wurden nur 199 vor Erreichung der Volljährigkeit als befreit und freigelegt entlassen. Die Zahl ist im Vergleich zu der erziehenden hohen Zahl derjenigen, die mit der Fürsorgeerziehung beauftragt werden, so gering, daß sie das null-fünfte Bruchteil des Systems bedeutet.

Wenn man bedenkt, daß die Fürsorgeerziehung, wenn sie nach erreichter Volljährigkeit aus der Bewachung durch die Anstaltsverwaltung entlassen werden, meist vollkommen mittellos ins Leben getrieben werden, um nur „eigenen Füßen zu stehen“, so ist es zu begreifen, daß sie sehr leicht scheitern. Begegnen ihnen doch allenthalben das Vorurteil, daß sie mit einem Makel behaftet sind, und haben sie doch, was am schlimmsten wirkt, in der Regel nichts gelernt, um sich in der Großstadt, der sie sich wieder zuwenden, weil sie aus ihr herabgekommen sind, durch ehrliche Arbeit ernähren zu können. In den meisten Anstalten erfolgt nur eine Ausbildung, kann man wohl sagen, die die männlichen Jünglinge zu landwirtschaftlichen Arbeitern und die weiblichen zu Dienstmädchen tauglich machen will. Und so kommt, was nach solcher mangelhaften Erziehung und Ausbildung kommen muß; aus den Jünglingen werden Verbrecher und Dürren. So „erzieht“ Preußen die Opfer sozialistischer und sozialer Verhältnisse.

Vereine und Versammlungen.

Berichtigung. In dem Bericht über die Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Schloffer hat am 8. April ein Fehler enthalten. Es darf nicht heißen: Die Krankenunterstützung für Kapitalbesitzer soll von 1/2 auf 1/3 des festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden, sondern von 1/2 auf 1/3 u. u. m.

Fabrikarbeiter, Altona-Ostensen. Versammlung am 14. April bei Schmidt, „Düsterer Park“. Hesse verlas die Abrechnung vom ersten Quartal. Von wurde einstimmig Beschluß erlassen. Sodann legte er seinen Vorschlag als zweiter Beschlusfolger nieder. Bei der hierauf folgenden Wahl der Distriktsleitung wurde Hesse als Distriktsleiter und W. als Stellvertreter einstimmig gewählt. Für den Schriftführer wurden 100 Stimmzettel abgegeben, wovon 3 unglücklich waren. Es erhielten Eilf 48 und W. 49, somit ist W. als Schriftführer wiedergewählt. 32 Kollegen wurden zu Delegierten zur Generalversammlung gewählt. W. Hesse erteilte in vortrefflicher Weise Auskunft über das Delegiertenwesen. Zu Parteidelegierten wurden die Kollegen Schr., W., Eilf und W. gewählt. Sodann wurde noch bekanntgegeben, daß, falls einer von den Delegierten seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, es in Hamburg 6000 befristete Arbeiter geben würde. Einem Antrag gemäß sollen die Kollegen W. und E. zur nächsten Versammlung schriftlich eingeladen werden. Hieran wurde die nur möglich befandete Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Tabakfabrik-Verein. Hamburg. Versammlung am 15. April im Gewerkschaftshaus. Vom Schluß kann das Abrechnungsprotokoll zum Selbstkostenpreis bezogen werden. Werbung bis zum 1. Mai bei den Funktionären. Die Teilnahme an der Arbeiter unterbreitung. Die Abrechnung vom ersten Quartal stellt sich in Einnahme von M. 2705.06, in Ausgabe auf M. 1647.92, es bleibt somit ein Restbestand von M. 1057.14. Der Vortrag des Vorstandes, am 15. Januar 1910 die meisten Mitglieder abzuhaken, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Die meisten Redner wendeten sich laut gegen, daß von organisierten Arbeitern ein solcher Aktivismus nicht mitgemacht wird. Schließlich wird die Maßnahme mit 48 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Da es sich um eine Abweisung vom Regulator handelt, soll die nächste Versammlung eine außerordentliche Generalversammlung sein und darüber entscheiden, ob die Maßnahme überhaupt stattfinden sollen. Die letzte Maßnahme hat einen Ueberfluß von M. 190.95 ergeben. Folgende Touren wurden angelegt: 9. Mai, morgens 6 Uhr, Eilf, ab Wandsbek; nachmittags: Touren der Vereine; 16. Mai, morgens 6 Uhr, Volzenburg, ab „Hörner Park“; nachmittags: Wandsbek (Vergütung); 20. Mai, morgens 6 Uhr, Kämpel, ab Wandsbek, Markt; nachmittags: Altona; 28. Mai: Agitationsstour über Wandsbek nach „Grüner Jäger“; 29. Mai, abends 10 Uhr: nach Kiel und 30. Mai, morgens 6 Uhr: Neumünster, beide Abfahrten „Grenzbau“, Hohenstein; nachmittags: Wandsbühl über Grenzbau; 31. Mai, nachmittags, Moorburg über Wandsbek. Die Angelegenheit des Proletenrates wird nach den Anträgen der zur Unterstützung eingeleiteten Kommission erledigt. Ferner sollen die Beiträge über die Festlichkeiten vom Vorstande mit dem Obmann des Proletenrates abgeschlossen werden. In den nächsten Bezirksversammlungen wird die Festlichkeiten über neu zu wählen. Der Obmann wählt dann die Versammlung. Wegen der vorgezogenen Zeit kann die Genossenschaftsfrage nicht mehr erörtert werden; sie wird bis zur nächsten Versammlung verlagert.

Wachstücken, Eisler und Verfassungen. Generalversammlung am 15. April im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Audenzen einstimmig von den Kollegen W. D. D. E., sowie des Genossen E. M. I. G. C. vor der Versammlung durch Erheben von den Eigen gelehrt. Dann hält der Vortragsvortrag Kollege E. C. Scheffl. Berlin einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Am Anschlag hieran wird ein Antrag des Bezirks 12, auch in diesem Jahre zu Gunsten unserer Lokalfakultät eine Mainkarte à 50 $\frac{1}{2}$ zu geben, recht lebhaft diskutiert und gegen zwei Stimmen angenommen. Die erwerbsfähigen

Kollegen sind davon befreit und werden denselben Mainkarte und Festzeitung gratis bewilligt. Außerdem sollen sie am 1. Mai M. 1 als Zehngebalt erhalten. In Anbetracht der diesjährigen Freigabe des Demonstrationstages in Altona wird beschloffen, den Altonaer Kollegen unsere Fühne zu überlassen. Dann erließ er, den Kartellbericht. Hieran wird eine Diskussion nicht beliebt. Der Bericht vom Gewerkschaftshaus gibt unter Geschäftsführer E. N. Die Verammlung sanftmütig den von ihm in der letzten Gewerkschaftssitzung vertretenen Standpunkt. Es wird außerdem unter Geschäftsführer E. N. Die Verammlung sei und unter Kollege K. auch ferner die Tätigkeit im Gewerkschaftshaus beliebt. Hieran wird die Wahl von sieben Kartelldelegierten erledigt unter Berücksichtigung des Bezirks Wandsbek, welcher wünscht, durch einen Delegierten vertreten zu sein, in Anbetracht der wahrheitsgemäßen Aufhebung des Wandsbeker Gewerkschaftsartikels. Als Delegierter der Wandsbeker Kollegen wird K. gewählt. Der Vorliegende teilt mit, daß die Verammlung sich gezwungen sehe, die Verammlung zu erlöchen, den Vorstand um zwei Kollegen zu vernehmen, da das Arbeitsverhältnis auch der Vorstandsmitglieder, welche, wie ja in unserem Verale so vielfach üblich, in Tag- und Nachtschicht fronden müssen, es gezeigelt habe, daß die wichtigsten Verwaltungsverhältnisse nicht einmal die Hälfte der Verwaltungsmitglieder anwesend sein konnte. Da sich unsere Organisation aber so langsam stetig im Kampfe befindet, ist die Verammlung so groß. Die Verammlung trägt denn auch dem Verwaltungsvertrag Rechnung und verweist durch Wahl der Kollegen K. und Schr. den Vorstand von 7 auf 9 Personen. Auch der Preussischer wird auf Antrag des Obmannes bestehen von 3 auf 4 Personen erhöht. Als stellvertretender Vorsteher wird K. gewählt. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, 25. April, unsere Wandsbeker Kollegen ihre Fühnenweise begeben. Umterstützt ist eine Delegation mit Hammer dorthin entsandt worden, die Kollegen werden erucht, sich auch möglichst zahlreich an der Feier zu beteiligen.

Große öffentliche Protestversammlung gegen die Mehrbelastung des Tabaks.

Heute Abend hatten sich in einer Versammlung im „Englischen Garten“ etwa 2000 Interessenten der Tabak- und Zigarrenbranche in Hamburg, Altona-Ostensen, Wandsbek und Umgegend zusammengefunden, um nochmals Protest gegen die Mehrbelastung des Tabaks zu erheben. Die Tagesordnung lautete: „Wie der Deutsche Tabakverein die Interessen der Tabakindustrie und deren Angehörigen vertritt. Referent war Genosse A. v. E. M. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Tagesordnung beschlossen. Das Bureau bildete die Kommission, welche zur Bekämpfung der Erhöhung der Tabaksteuer eingesetzt worden ist. Der Referent v. E. M. wird zunächst darauf hin, daß früher, so lange alle Tabakinteressen sich einig gewesen seien, alle Verluste, die den Tabak durch Zölle und Steuern mehr zu belasten, energisch zurückgewiesen worden seien. Das sei 1906 anders geworden. Durch Unerkennung in Fabrikantenkreisen sei die Zigarettenabnehmererleichterung ermöglicht worden. Es sei voranzuführen gewesen, daß auch in der Zigarettenindustrie gleiche Steuern gefordert würden. Das sei jetzt bei der jetzigen projektierten Mehrheitsreform eingetreten. Bei dem jetzigen Kampf gegen die Mehrbelastung des Tabaks sei von vornherein die alte Einheit und Geschlossenheit nicht vorhanden gewesen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen ist, sich für die Erhöhung des Tabakzolls von M. 85 auf M. 140 zu erklären, also M. 15 mehr, als die Regierung im Jahre 1906 gefordert habe. Damals sei vom Tabak-Verein erklärt worden, daß die beantragte Erhöhung des Tabakzolls dazu führen würde, die kleinen und mittleren Fabrikanten zu vernichten. Das sei richtig, aber um so leichter würde es der Regierung werden, das Tabakmonopol einzuführen. Im deutschen Tabakverein habe man sich zwar öffentlich gegen die Mehrbelastung des Tabaks durch Steuern und Zölle erklärt, aber trotzdem hätten einige Kreise im Tabakverein schon mit der Erhöhung des Zehntelsollens gedroht. Das sei aus den Verträgen der Handelskammern und aus Äußerungen einiger Fabrikanten zu schließen. Nebenher schildert dann, wie der Deutsche Tabak-Verein dazu gekommen

Achtung, Schneider!
Wir fordern sämtliche bei der Firma **Dyckhoff, Poststraße 20/22**, arbeitenden Maß- und Konfektionschneider auf, in der **heute, Dienstag, 20. April, abds. 9 Uhr**, bei Westedt, Langergang, stattfindenden **Versammlung** zu erscheinen. Die **Werkstattkommission**.

Zentralverband der seemannischen Arbeiter Deutschlands.
Mitgliedschaft **Hamburg-Altona.**

Mittwoch, den 21. April 1909, abends 8 1/2 Uhr, im „**Sternenjaal**“ (C. Melching Wwe.), Große Freiheit 39, Altona:
Mitgliederversammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Wahlen der Kartellbegleiter. 4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle vorzuzeigen.
Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet Die Ortsverwaltung.

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung der Sozialdemokratischen Vereine von Altona-Ottensen

am **Donnerstag, 22. April, abends 8 1/2 Uhr,** in den „**Blumensälen**“, Große Freiheit, Altona.
Tages-Ordnung:
1. **Maifeier.**
2. Vortrag, Referent: Genosse **Struve.**
3. Abrechnung vom dritten Quartal.
4. Verbandsangelegenheiten.
Die Verfassung der Altonaer Polizeibehörde bezüglich des Maifeitages zwingt uns, den Punkt „Maifeier“ noch einmal auf die Tages-Ordnung zu setzen.
Wir eruchten deshalb die Mitglieder, sich recht zahlreich in dieser Versammlung einzufinden.
Die Vorstände, Altona-Ottensen.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands (Zahlstelle Hamburg).
Generalversammlung
Donnerstag, den 22. April, nachm. 4 Uhr, im Lokale des Kollegen **E. Kramp**, Fuhsbüttelerstraße 119.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Maifeier. 3. Anträge aus den Bezirken. 4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen wird eruchtet.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis. Distrikt Harvestehude.
Am Freitag, 23. April, abends 9 Uhr, findet im Lokale des Herrn **Pingel**, Mittelweg 41, eine Versammlung der Bezirke 180 bis 186 statt.
Tages-Ordnung:
Die Bürgerchaftswahlen. Referent: Genosse **H. Bullmer.**
Zahlreiches Erscheinen erünscht.
Die Bezirksführer.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler u. a. gewerblich. Arbeiter.
Zahlstelle Altona.
Mitglieder-Versammlung
am Montag, 26. April, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Bock**, Bürgerstr. 31, Ecke Schauenburgerstr.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Sterbekasse d. Großen Arbeiter-Krankenkassen u. Sterbekasse, früher Kranken- u. Sterbekasse des Bildungsvereins für Arbeiter. (G. S. Nr. 63.)
Folgende Mitglieder sind am 15. April a. a. auf Grund § 11 a des Statuts ausgeschieden: 8462 Bandmann, 9187, 9188 Daeg, 10759 Peters, 11854 Friedrichs, 18519 Walter.
Mitglied 750 Müller wird hiermit auf Grund § 11 a des Statuts aufgefordert, innerhalb einer Woche die rückständigen Beiträge zu entrichten, widrigenfalls der Ausschluss erfolgen wird.
Der Vorstand.

Großer Posten Singer-Nähmaschinen
mit Garantiefchein, fast neu, M. 25, M. 30, M. 45, M. 55, M. 65. Nachzahlung gestattet.
Carl Retzlaff,
Hansplatz 4, part., Lager.

Im Leibhaus, Osterstraße 86, großer Posten eleganter Herren-Jackentanzüge. Hosen von M. 2,50 an.
Schneller Vorverkauf auf alle Waren.

Pfand-Auktion über im Leibhaus
Alnandastraße 48
bis 12. März 1909 verbriefte Pfänder.
Einbl. od. Prolog. bis 24. d. M.

Spottbillige Betten
Eisenbaum 144, 1. Stg.

Wegen Platzmangels bill. zu verk. ein Sofa, 4 Sitze, in schwarz, event. rotbr. Büchertisch mit 2 Stühlen. Sellkamp 41, 1. l.

Zufall! Ein gute Herren-Anzüge (Wasser), einz. Hosen f. bill. Meyer, Altona, 4. Gde. Schloßstraße.

Pfand-Geschäft
Schmuckstrasse 7 u. 9, St. Pauli, gegründet 1880.

Mittwoch Ziehung: 21. April. 3. Weimar Geld-Lotterie.
Los 1 M. Porto, 1. L. 25 Pfg. 2000 Geldgewinne ohne Abzug III.
40000
15000
5000
3000
Weimar-Lose, 1. u. 2. L. 25 Pfg. Lotteriegewinn u. d. Generalabst. Ad. Müller & Co., Gr. Johannisstr. 21, Ecke Borsenbrücke, Hamburg. Glückswähler.

Hofen für Maurer u. Zimmerleute
von **M. Mosberg** aus Viefelnd.
— Große bunte Taschentücher gratis. — Lederhosen in weiß M. 2,50, 3,25, 4,50 Lederhosen, gefirmt, M. 2,00, 2,75, 3,50, 4,75 Blaue Pilot-Hosen M. 2,00, 2,75, 3,50, 4,75 Blaue Pilot-Jacken M. 2,25, 2,75, 3,50, 4,75
Weißer Maurer-Jackets M. 4 u. 5
Schwere Maurer-Hosen M. 2,50 an Lange Wäler und Sperkfittel M. 2,25 Schwere Maurer-Hosen M. 6,50 u. 7,50 Zimmermanns-Westen, schwarz, M. 5,50 Maurer-Kittel, Planell-Deuden u. Hofen Braune Wandstiefelhosen von M. 4—12,00 Sommerhose für Zimmerleute, Ia., kostet 10,50. Dreihöfen v. M. 1, Dreih. u. Waschküchelt. Alle Arbeitstücker in großer Auswahl.

S. Meier,
Posthof, Steinstraße 104-110.

Globin
der Feinste Schuhputz
überall erhältlich
Engros-Lager bei Leopold Katz, Hamburg 19, Osterstr. 43.

Arbeitsmarkt
Zum 1. Mai gesucht kräftig, sauberes Mädchen zum Alleinbedienen. Friedr. Richter, 6, St. P.

Gef. eine Blätterin auf Stück, in od. außer dem Hause, M. 30. Gr. Mühlenstr. 18, Altona.

Gef. ein Wädch., das Öfen konfirm. ist, bei 2 Kindern. Tagelöhne. Zu erfragen bei **Fr. Kulp**, Dovenfleet bei 17, 17, 17.

Junge Mädchen und Frauen lernen gründl. Schneidern nach neuer Methode in kurzer Zeit für M. 12. Maschinen, Muster, u. Zulauf. u. neuer Wiener u. Pariser Schnitt. M. 8. Können in Arb. bleib. Nach Nachm. -Kurs. Fr. Becker, St. Pauli, Reeperbahn 119, 1.

Vertreter wird gesucht von leistungs-fähiger Export-Wollerei für den Alleinverkauf von Wollewarenprodukten. Offerten unter **A. K. T. a. d. Exp. d. 31.**

Lackierer, Spezialisten im Spachteln und Schleifen von Maschinen, sucht **Monteur Drows**, Wasserfront, Rotenburgsdorf.

Erstklassige Hochschneider in u. auß. d. Hause sof. gef. Dauernde Beschäftigung. Gr. Johannisstr. 3.

Schneider erb. hellen Platz. Westr. 42, 111. Schneider L. hellen Platz erb. Raboisen 88, 111.

Gesucht **Hochschneider**, tüchtige, dauernd lohnende Arbeit. **Toedt**, Hamburgerstr. 100/102.

Schneider kann hellen Platz erhalten. Bischoff, Brennerstraße 12, IV.

Hochschneider gesucht. **Ojzenick**, Königstraße 21.

Schneider kann hellen Platz erhalten. Rosenstraße 49, IV.

Gesucht gute Hoch- und Tageschneider auf zweiten Tarif außer d. Hause. **C. Wagner**, Steinbaum 15, II.

Schuhm. kann hell. Platz erb. u. ew. mitmach. **Ober Vogelpolde 4.**

Zucht, Arbeiter sucht **G. Kronenwerth**, Jungfernstieg.

Gef. Schneider auf Hosen u. Westen. Tarif. Dauernde Arbeit. Altona, Renobstr. 58.

Gesucht **Schneider** auf Hosen u. Westen. **W. Hundt**, Hamburgerstr. 133.

Gef. tüchtiger Schneidergeselle a. Hosen u. Westen. **Doering** 50.

Hochschneider gesucht. Altona, Kleine Elbstr. 10 14.

Schneider kann hellen Platz erhalten. Warthastr. 46, III., Eimsb.

Tüchtige **Hochschneider** außer dem Hause gesucht. Brüning, Neuerwall 64/66.

Gesucht ein tüchtiger **Hochschneider** außer dem Hause. **Schrader**, Breitenstraße 28.

Hochschneider gef. a. d. S. Stadthausbrücke 81. Gef. Hochschneider. **Matheok**, Hammerbrookstr. 90.

Schneider auf Reparatur gesucht in Wochenlohn. Reparatur-Anstalt, Bornstraße 5.

Gef. Schneider. **Schaarsteinweg 12**, Daur. Veld. Fensterplatz f. Schneider. **Scholdens Postage 12**. Hochschneider. **Pf. v. wohn. St. G. Gurlißstr. 50.**

Gesucht ein **Hochschneider** auf Weststr. **Raboisen 90, II.**

Schneider können hellen Platz erhalten. **Langerstraße 56, II. l., St. Georg.**

Tüchtige **Hochschneider** in u. außer dem Hause sucht **J. H. Constantia**, Georgplatz 5, 1.

Gesucht tüchtige **Hochschneider** auf Weststr. **Claus Graper**, Hamburg 11, Gr. Johannisstr. 18.

Jung. Wädch. u. Zigarillonaden z. erlernen. **Quindobornstr. 35, II. hinten.**

Verein der Kunstfreunde zu Wandsbeck.
30. öffentlicher Vortragabend am Donnerstag, 22. April, im Hotel „Wandab. Hof“. **Matthias Claudius**, der Wandsbecker Bote. Mitwirkende: Herr Dr. J. Loewenberg, Vortrag. Fr. Johanna Voigt, Rezitation. Fr. Helene Schaul, Gesang. Fr. Paula Erler, am Flügel. **Matthias Claudius-Liedertafel** (Dirigent Arthur Seybold). Konzert-Flügel **Sisniway & Sons**, Hamb.-New York. Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Karten à 50 Pf. in den bekannten Stellen und abends an der Kasse zu haben. Numerierte Plätze à M. 1 (in beschränkter Zahl) nur bei Herrn S. Kohn, Wandsbeck, Hamburgerstrasse 99.

Mittwoch, den 21. April, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: BUNTER ABEND von Julius Brandt
mit gütiger Bewilligung des Herrn Baron Berger.
Karten à 30 Pf. zu haben im Zigarrengeschäft von Stangenberg, im Gewerkschaftshaus, und der Expd. des „Hamburger Echo“.

Allen Freunden und Bekannten sowie einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich die **Gastwirtschaft und Destillation Herrengraben 40** von Herrn **Heinrich Kruse** käuflich übernommen habe, somit bitte ich um gütigen Zutritt. **Hochachtungsvoll Hermann Gess.**
Einweihung: Freitag, den 23. April.

335. Hambg. Stadt-Lotterie
Haupt- u. Schlussziehung vom 28. April bis 21. Mai cr.
Hauptgewinn ev.
Mk. 600000
Kauflose in grosser Nummernauswahl zum Planpreise
1/1 1/2 1/4 1/8
N. 144,- 72,- 36,- 18,-
empfiehlt
Carl Heintze,
Alstertor 16 und Reeperbahn 137.

Dummheit ist es, wenn Deutsche mit amerikanischen Nähmaschinen kaufen! Sie kaufen n. u. bill., sondern **Leifermann**, Maschinen-Großhandlung, auch best. deutsche Maschinen d. Stadthausbrücke 19.

Wir empfehlen:
Der Weg zur Macht.
Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution von **Karl Kautsky**
Inhaltsübersicht: 1. Die Eroberung der politischen Macht. — 2. Die Prognose der Revolution. — 3. Das Hineinwachsen in die Zukunft. — 4. Die ökonomische Entwicklung und der Wille. — 5. Über Revolution und Gesellschaft in jeder Zeit. — 6. Das Wachstum der revolutionären Elemente. — 7. Die Milderung der Klassengegensätze. — 8. Die Verfestigung der Klassengegensätze. — 9. Ein neues Zeitalter der Revolution.
Preis 50 Pfennig.
Bestellungen nehmen die Filialleiter und Kolporteur des „Hamburger Echo“ entgegen.
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg 38, Fehlfeldstraße 11.

Was ist?
Schwa-Wu
Auf richtige Lösungen mit Poststempel vom 20. da wird 1 Stück **Schwa-Wu** gratis gegeben. Diese Annonce muss beigefügt werden.
Henry Fitzer, Hamburg 1.

BESTER
Beweis ist d. 18jähr. Best. mein. Firma a. d. Gänge. Durch Erprobung d. Ladenmiete kann ich gute, getrag. Anzüge v. M. 20 an. **Baleis d. M. 15 an, Hosen v. M. 6 an** verkauft u. wer einmal kauft, kommt wieder u. empfiehlt andere. **H. Teller**, Poststraße 6, 1. l. Sonntags gänzlich geschlossen.

Zufall! Zwei neue Daunendbetten à M. 16 und 22, Portogarnitur M. 75, eleg. weiße Sportkare M. 12. **Sander, Oberstr. 5, 5. St. P.**

Gr. Honsst. m. 2 Daunendbett. n. w., auch geteilt. **Talstr. 22, 1. l., St. Pauli.**

Reinigungs- u. Poliermittel für alle Holzarten, auch für die Möbel. **Victoriast. 33, Altona.**

Fettwaren-Geschäfte H. C. D. Voigt:
Mühlenkamp 23, vis-à-vis der Gertrienstraße.
Hamburgerstr. 90, Inh.: H. Voigt, vis-à-vis d. Bahrenhauser Hellbuth.
Hamburgerstr. 174, der Vertheilstraße.
Nur allerbeste Waren zu sehr niedrigen Preisen.
Reinste Meierei-Butter jetzt nur M. 120. 4. Unübertreffliche Margarine M. 60. 4 an. Vollreife Tafelbutter M. 60. 4 an. Reines, feines Schmalz M. 60. 4 an. Potstetischer Schinken und Würst. Zerz. frische Eier.

Fahnenstickerei Fr. Vogtmann Wwe., Inh.: **M. Fleck,** Michaelisstr. 10, l. r., Hamburg. Fahnen, Banner, Vereinszeichen.

Gefanglehrer empfiehlt sich. Derselbe erteilt auch Unterricht auf Geige, Klavier und Zither. **Edmund Haug**, Hamburg 95, Weidenstr. 864.

Theater.
Dienstag, den 20. April:
Stadt-Theater, Madame Butterflu. Mittlere Opern-Preise. Anfang 8 Uhr.
Thalia-Theater, Gretchen, Grotteske in drei Akten von Gust. Davis und Leopold Wildsch. Anfang 8 Uhr.
Altonaer Stadt-Theater, Wagnon. Opern-Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Schultze-Theater, Vereinsarten gültig. Zum 149. Male: Der fidele Bauer. Anfang 8 Uhr.
Neues Operetten-Theater, Heute und folgende Tage: Ein Herbstmandler. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr, keine Preise: Letzte Nachmittags-Vorstellung. Die Polyanthelid. Abends 8 Uhr: Ein Herbstmandler.
Donnerstag, den 21. April 1909 ab Gaißpiel Alexander Girardi mit dem Ensemble des Berliner Thalia-Theaters. Direktion: Jean Aron-Alfred Schönlief. Am 1. bis inkl. 8. Mai: Mein Leopold. Schuster Weigelt: Alexander Girardi. — Ab 4. Mai, zum ersten Male: Zumer oben auf! Hoffe mit Gelang in drei Akten von Aron und Schönlief. Musik von Paul Linde. Hausverwalter (Schwandner, Alexander Girardi).
Ernst Drucker-Theater, Anfang 8 Uhr: Die romantische Novität! Eine verheiratete Frau (La femme amoureuse), aber: Auf der Wänerstraße, Sittenkomödie in sechs Akten von Guinot.

Mittwoch, den 21. April:
Stadt-Theater, Samson und Dalila. Mittlere Opern-Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia-Theater, Kollege Crampion. Anfang 8 Uhr.
Altonaer Stadt-Theater, Im weißen Hühn. Als ich wiederkam... Schauld-Preise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Schultze-Theater, Anfang 8 Uhr: Jubiläum - Vorst. (Am 1. Juni 160. Male: Der fidele Bauer. Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Leo Fall**).
Sonntag, den 25. April: Letzte Sonntags-Nachmittags-Vorstellung in dieser Saison bei feinen Preisen: Ein Walzertraum.

Deutsches Schauspielhaus.
Dienstag, den 20. April 1909:
König Richard der Dritte, ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
(Richard, Herzog von Gloster; Dr. Kreibitzmann.)
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 11 Uhr.
Mittwoch: Trilogie-Zyklus. 7. Vorstellung: Die Nibelungen. 1. Abteilung: Der geschiedene Siegfried. 2. Abteilung: Siegfrieds Tod.
Donnerstag: Der Gesangene.
Freitag: Der Raub der Sabinerinnen.
Sonntag: König Richard der Dritte. (Richard, Herzog von Gloster; Herr Montor.)
Sonntag, nachm. 1 Uhr: Klaffter - Zyklus. 9. Vorstellung: Die Brand von Weffina, oder: Die feindlichen Brüder. — Abends 7 1/2 Uhr: König Richard der Dritte. (Richard, Herzog von Gloster; Dr. Kreibitzmann.)

Das Abonnements-Bureau für die Spielzeit 1909/10 ist geöffnet werktäglich von 11 bis 1 Uhr im Theaterbureau (Bühneneingang Vorplatz).
Schiller-Theater.
Dienstag, 20. April 1909, Anfang 8 Uhr: (34. Vorstellung im Städt. Abonnement.) **Maria Stuart.**
Mittwoch: Heiratsgut.
Donnerstag: Der Wälscherkönig.
Volks-Schauspielhaus.
Dienstag: Die tangenden Mäuschen.
Mittwoch: Die tangenden Mäuschen.

Flora.
Einlass 7 Uhr. — Sonntags 4 Uhr. Karten gültig. 4 Uhr
Mittwoch, 21. April, nachmittags.
Aus Anlass v. **Münstedt's**
Circus Colibri
2. Schüler- und Familien-Fest-Vorstellung.
Besonders arrangiert für unsere lieben Kleinen.

HANSA-THEATER.
Robert Steidl
Olga Desmond
lene Land
und das April-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende 10 1/2 Uhr.

Loebel's „Gemischter“
Bitterlikör.
Ausschank in den meisten Wirtschaften.
Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zunungsfrakter auf dem Kriegspfade.

o. Am 20. gegen die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, nimmt es der püßigste Dalkstrater bekanntlich mit dem größten industriellen Scharfmacher auf. Während aber diese ihren rüchsigsten, fast berechneten Streichen einermachen, "hassen" zu geben verziehen, toppen die Junktionel blindwütig drauf los, daß man bisweilen nicht weiß, ob die Komit oder die Vörsartigkeit ihrer Streide überwiegt.

Die mittelständische Handwerkerpolitik der angeblich hausbackenen Parteien hat sich bekanntlich als ein Weiser ohne Heft erwiesen, an dem die Klänge föhlt — aus ganz einfachen ökonomischen Ursachen, die den Vätern dieser "Politik, die in der Praxis meistens echte, rechte Mittelstandsleute sind, nicht unbekant gewesen ist. Die Zunungen, ob sie "freie" oder "Zunungsunungen" sind, vermögen den Wohl nicht fett zu machen, sie gleichen einer leeren Kruppe. Was sie an greifbaren Vorteilen für ihre Mitglieder erzielen, vermögen diese auf andere Weise ungewöhnlich billiger zu erreichen. So greift man denn zu gar fragwürdigen Mitteln, um Gläubigen und Ungläubigen zu beweisen, daß Leben in dem galantesten mittelalterlichen Zeidnam fiede.

Zu diesen Kurpfuschermitteln gehört auch der Versuch, das Leben der Zunungen verliche Redt, Zunungsfrakteranten lassen zu gründen, zu verwalten zu Zwecken arbeiterfeindlicher Unternehmerrückenschußpolitik. Die Maler-Zunung ist darin "bahnbrechend" vorgegangen. Die Ereignisse sind noch in aller Erinnerung. Am 28. April v. J. beschloß die Maler-Zunung bekanntlich: "Die Zunungsmitglieder sind verpflichtet, nur solche Gehilfen, Arbeiter, Lehrlinge u. v. in Arbeit zu stellen, die der Zunungsfrakterantenliste als Mitglieder angehöben. Der Vorstand hat den Termin des Zutrittsretens dieses Verzeichnisses zu bestimmen. Der Termin wurde auf den 1. Juli v. J. festgesetzt. Auf Befehle des Schiffsanwaltes anuulterte die Aufsichtsbekörde für die Zunungen unterm 8. August v. J. den Befehl, weil er gegen § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 41 der Gewerbeordnung verstoße. Die Zunungsmeister fehlten sich einfach nicht an diese Entscheidung, und — die höchste Instanz, die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, tat ihnen den Gefallen, im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut der einschlägigen Geetze den Entschid der Aufsichtsbekörde aufzuheben und damit das gezeiherliche Treiben der Zunung zu sanktionieren. Auch eine Interpellation des Gewerkschaften in der Bürgerkammer, in der von diesem und dem Gewerkschaften unüberwindlich nachgewiesen wurde, daß die Zunung und die höchste Aufsichtsanstanz den klaren Bestimmungen des Reichsrechts Gewalt antäten und in schärfsten Worten die unerhörten Praktiken der Zunung brandmarkten, blieb ohne Erfolg.

Das ist den Zunungsfrakteranten zu Kopf geflogen: Sie haben Blut geleckt — nun ist die Bier nicht mehr in ihnen erwacht. Den Weisern vom Winkel folgen die Weisern vom Gabel: Auch die Tischler-Zunung hat sich jetzt eine Zunungsfrakterantenliste zulegen, trotz Mangels jeglichen Bedürfnisses. Das gab den Anlaß zu dem am Sonntag Vormittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen, namentlich von älteren Tischlergehilfen, der Kerntruppe der Gehilfenliste, hart beschlenen außerordentlichen Mitgliederversammlung in der Hamburger Tischler-Zunung, die die Zunungsfrakterantenliste und die Tischler-Zunung, betz. Errichtung einer Zunungsfrakterantenliste, referierte. Redner führte etwa aus: Schon vor 4 1/2 Jahren mußten die Tischler sich mit dem Plan der Meister befreunden, eine Zunungsfrakterantenliste zu gründen. Am 28. Oktober 1904 erhoben sie in hart befeudeter Versammlung Protest; ein Flugblatt, das die Schläge härtete und die Meister aufzuforderte, in der Zunungsversammlung die Maßnahme abzuschließen zu sein, wurde als Statut angenommen. Es ist jedoch nicht in Kraft, weil das einen Kampf mit der Gehilfenliste zur Folge gehabt hätte. Den Meistern wurde mit der nötigen Deutlichkeit erklärt, was heute noch der Standpunkt der Gehilfen ist, daß die Gründung der Zunungsfrakterantenliste das bestehende Vertragsverhältnis illusorisch macht. Obermeister Augenstein erklärte damals, daß wohl "in absehbarer Zeit" an die Gründung nicht zu denken ist. Da man sich also hier noch eine Hintertür offen ließ, so bedeuteten die Gehilfenvertreter den Meistern ganz energisch, daß sie die Errichtung der Liste als Tarifbruch betrachten würden. Der Ernst dieser Kundgebung scheint die Meister dann vorläufig davon abgehalten zu haben, ihren Plan zu verwirklichen. Was ist nun inzwischen geschehen, daß der Beschluß wieder aufzuheben? Ist für die Gehilfen nicht genügend Verhinderungsmöglichkeiten vorhanden? Wozu deswegen eine neue Liste begründet werden? Im Gegenteil! Heute ist das Bedürfnis dafür weniger denn je vorhanden, da insbesondere auf Betreiben der Organisation die meisten Kollegen der Tischlerfrakterantenliste beigetreten sind, die unter ihrer Mitwirkung zu ausgebaut ist, daß die Verhinderungsmöglichkeiten der Gehilfen vollumfänglich durch gerade dieses Borgehen der Gehilfen mag die Meister zu ihrem Bropfzweck heranführen. An den Gehilfen mag sich früher Verarmtes, das später nachgeholt werden mußte. Bis dahin gehörten sie meistens freien Händeln an. Die Meister sparten früber also, heute sollen sie zahlen. Und das ist bekanntlich die jödmächtige Seite der Zunungsmeister, wie das schärfste Eingehen der Zunungsbeiträge und die Ebbe in den Zunungsfrakterantenliste. Die ganze Frage war bisher recht bedeutungslos und ist heute noch weit unwichtiger geworden, wo eine Reform des ganzen Versicherungswesens bevorsteht. Wenn daher die Zunungsmeister mit dem Skaffenprojekt auf dem Plan erscheinen, so zeigt das ihre ganze logische Nützlosigkeit, deren sie sich ja allerdings nicht zu schämen pflegen, wenn sie nur ihren Zweck erreichen. Und das ist in diesem Falle die weitere Zerstückelung des Krankenversicherungswesens. Der Bestand der Tischlerfrakterantenliste, die ein gutes Institut geworden ist, wäre ungewöhnlich in Frage gestellt. An Stelle dieser gut fundierten Kaffe trat etwas Unheiliges. Das ist nämlich ihrem Behalten Wesen nach eine Zunungsfrakterantenliste, weil sie nur die Zunungsbeiträge der Zunung ist und auflösen muß, wenn die Zunung wegen innerer Differenzen in Auflösung gerät. Nun hat am 13. d. M. die Zunungsversammlung im Anwesenheit von 50 bis 100 Tischlergehilfen die Kaffe jetzt ins Leben treten zu lassen. Das ist die neueste Leistung der Meister auf dem Gebiete der Störung des durch mühsam geschaffene Tarife herbeigeführten Friedens. Man nicht, wer "heißt" nicht Verbesserung der Krankenversicherung begründet die Meister, sondern sie wollen die ihnen auf Grund rüchsigender Geetze gebundene Macht ausüben, um die Gehilfen Mores zu lehren, um sie unter Kontrolle zu stellen und ihnen das Selbstbewußtsein, das sie, geteilt auf die Organisation, besitzen, zu rauben. Die Kaffe ist als Organisation als Kontrollbureau gedacht, um eventuell der Organisation eins auszuweisen. Zunungsfrakterantenlisten entziehen jeder Ertragsberechtigung; sie sind ein insonderbar schleppendes fegelnendes Zinfinfeln nur als Konzeption für den großen Verfallungsmaßstab" gestaltet, um die Gehilfen, die die Gehilfen unfähig zu machen, zu befrüchtigen; sie bedeuten einen Faustschlag gegen den gewöhnlichen Gedanken der Zunungsfrakterantenliste, was den Verfall aller in der Tischler-Zunung erworbenen Rechte bedeutet. Weiter kann die Zunungsfrakterantenliste die Familienversicherung auslöschen, wenn man die Kasse zu hoch werden. Da die Zunung ferner nicht alle Betriebe umschließt, die Tischlergehilfen beschäftigen, so wird bei den üblichen häufigen Arbeitswechsel ein fortwährendes Hinundher von Kaffe zu Kaffe eintreten, die heute schon mühslichen Verhältnisse werden noch um einen Fall verschlimmert. Sehr gefährlich für die Zeit der Gewerkschaftigkeit ist auch die Bestimmung, daß Anspruch auf Krankengeld nur hat, wer vorher drei Wochen bei einem Zunungsmitglied tätig war. Da wird mancher von Bloß zu Bloß Geogater der Unterführung überhaupt verlustig gehen. Es handelt sich also, rein sozial betrachtet, für die Gehilfen um Sachen von weittragender Bedeutung. Die Zunung sagt sich: Jetzt oder nie! Wird die Kaffe Gees, dann ist die Gründung ganz wesentlich ersichert; deshalb noch kurz vor Zutritt hier

damit! Durch die in Sachen der Maler getroffene Entscheidung der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, die unüberwindlich ist und zu Recht besteht, ist den Krakteren der Raum geschmälert; obwohl flagrant gegen das Krankenversicherungsgesetz verstoßen, bietet sie ihnen eine Dandade, die Gehilfen zu zwingen. Was ist nun zu tun gegen diesen weittragenden Beschluß einer lächerlich winzigen Zunungsminorität? Es handelt sich einfach um einen Vertragsbruch, der Beschluß verstoßend gegen die Abmachungen der beiderseitigen Vertreter und muß daher ganz entschieden abgewiesen werden. Die Lage ist recht ernst, die Gehilfen dürfen auf keinen Fall fünf gerade sein lassen. Sie haben noch die Macht, dem Plan Einhalt zu gebieten, wenn nicht die Meister selbst zu vernünftig sind, ihren Beschluß zu annullieren. Tun Sie alles, um den reaktionären Plan zurückzuführen werden zu lassen. (Vorb. Beschluß.)

Hierauf verlas Romberg folgende Resolution: Die am Sonntag, 18. April 1909, im Gewerkschaftshaus tagende, von ca. 2000 Mitgliedern des Solarteiterverbandes besuchte Versammlung erhebt auf neue energische Proteste gegen die seitens der Tischlerfrakterantenliste erfolgte Gründung einer Zunungsfrakterantenliste. Die Versammlung erklät in dem Verhalten der Zunung eine Maßnahme, welche geeignet ist, das bestehende Tarifvertragsverhältnis aufzuerlösen und gefährden. Unter dem allen Vertragsverhältnis herrschende Einmütigkeit beider Vertragskontrahenten, daß von der Gründung der geplanten Zunungsfrakterantenliste Abstand genommen werde. Bei der Erneuerung des bestehenden Vertragsverhältnisses wurde seitens der Vorstandsvorteiler der Arbeitgebergewerkschaft die Erklärung abgegeben, daß man nicht daran denke, die Zunungsfrakterantenliste ins Leben zu zufen. Unter dieser Voraussetzung wurde das bestehende Vertragsverhältnis abgeschlossen.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände bedeutet die Maßnahme der Tischlerfrakterantenliste nichts anderes, als eine Verletzung des Grundgesetzes von Treu und Glauben.

Des weitern bedeutet die Errichtung einer Zunungsfrakterantenliste eine Entziehung des den Tischlergehilfen gewährleisteten Selbstverwaltungsrechtes, denn nach den reaktionären Bestimmungen des § 90 der Gewerbeordnung kann die Zunung durch Vertretung der Hälfte der Beiträge den Vorgesetzten und die Hälfte der Mitglieder des Vorstandes und der Generalversammlung bestellen. Des fernern kommt in Betracht, daß die wirtschaftliche Lage der Gehilfen durch die Einführung der Zunungsfrakterantenliste auch in materieller Beziehung in Krankheitsfällen verschlechtert wird, weil die Leistungen der Zunungsfrakterantenliste bei gleichen Beiträgen erfahrungsgemäß hinter den Leistungen der Ortskassen zurückbleiben.

Die Versammlung beschließt daher, diese Gründung, die sich als eine reaktionäre Maßnahme schlümmer Art qualifiziert, und welche die hier in Hamburg zum Schaden der Arbeitgebergewerkschaften bestehende unglückliche Zerstückelung der Krankenversicherung verhält, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, und beantragt die Beurlaubung des Deutschen Solarteiterverbandes alles Erforderliche rechtzeitig zu veranlassen.

Gauvorfesher Neumann führte aus: Wir wollen heute prägnanter, was mit letzten Endes tun werden. Das muß recht deutlich ausgesprochen werden. Die entstehende Radikale für die Kollegen liegen klar auf der Hand, da mehrere wir uns! Wir werden die gefehlichen Hilfsmittel nicht verschmähen, aber die Hauptfrage bleibt die Macht der Organisation, die Selbsthilfe, wenn's sein muß, der Kampf. Gätten wir uns bisher nicht darauf getüßelt, wären wir schon ebenso weit, wie leider die Maler. Auch jetzt wird uns kaum etwas anderes nützen. Deshalb sind sich Vertrauensleute, Verwaltung und Gauleitung einstimmig am Donnerstag dahin schlüssig geworden, daß wir es nicht nur den materiellen Interessen unrer Kollegen schuldig sind, auf die Spangen zu treten, sondern auch der gesamten Hamburger Arbeiterschaft, den Ungeheuerlichkeiten gewisser Klauen die Stirn zu bieten, daß es unrer Pflicht ist, der Zunung und ihren Hintermännern einen bösen Streich durch die Rechnung zu machen. Wir haben beschlossen, als Mittel in Anwendung zu bringen, die der Organisation zur Verfügung stehen. Wir haben ein Vertragsverhältnis, da wir aber nicht alle Gegenkontrahenten für die Zunung verantwortlich machen können, so beschließen wir weiter, diesen sofort zu sagen, welche Folgen die Schritte der Zunung haben werden, und daß durch den Zunungsbeschluß der gewerkschaftliche Friede aufzuerlösen gefährdet sei, daß wir gesungen seien, front zu machen, und daß man, wenn es zu Arbeitseinstellung komme, uns nicht verantwortlich machen dürfe, wir beschließen endlich, auch den einzelnen Arbeitgeber die Konsequenzen nach jeder Richtung genau klarzulegen. Am Freitag hatten wir nun mit dem Arbeitgeberausschuße eine der gemeinsamen Sitzungen, in denen wichtige Sachen geschlichtet werden. Wir haben den Herren sofort reinen Wein eingeschenkt und erklärt: "Laut Bericht des Gehilfenausschusses hat die Zunung ihren Beschluß, betreffend Errichtung einer Zunungsfrakterantenliste, erneuert. Das ist kaum veränderlich, weil den Arbeitgebern doch zur Genüge bekannt ist, was bei den Vertragsverhältnissen nach dieser Richtung von den Gehilfenvertretern jedesmal ausdrücklich konstatiert ist. Wir fragen daher: Ist es tatsächlich richtig, daß die Zunung die Gründung beschließen wird? Zunächst belegenden Hauptern, dann müßte sich Dörmeister Augenstein zu einer Antwort bequemen. Sie lautete etwa: Wir wissen, daß die Gehilfen sich gegen die Gründung wehren wollen, kennen auch ihre Motive; das ist für uns aber nicht maßgebend, wir haben unsere Befassung, die indes auch bereits durch die angenommene Beschließung mit dem Mauerverband oder durch die neue Festlegung der Statuten zum großen Teil als erledigt angesehen werden müssen. Soweit das nicht der Fall, mögen die wichtigsten davon hier kurz wiedergegeben werden.

Es unterliegt dann noch eine größere Anzahl Anträge unter der Rubrik "Besondere Anträge" der Beratung und Beschließung, die indes auch bereits durch die angenommene Beschließung mit dem Mauerverband oder durch die neue Festlegung der Statuten zum großen Teil als erledigt angesehen werden müssen. Soweit das nicht der Fall, mögen die wichtigsten davon hier kurz wiedergegeben werden.

Seitens des Zweigvereins Hamburg wird beantragt, um die ungleichmäßigen Debatte über die alljährlichen Gehilfensitzungen der Hilfsarbeiter im Hauptvorstand zu befrichtigen, das Gehalt für einjähriger Tätigkeit mit der Gehaltsliste der Hauptvorstandsmitglieder gleichzusetzen. Zeitig-Hamburg befrüwortet die Erhöhung und betont, daß die Hilfsarbeiter sich zurückgelehrt fühlen, wenn keine Änderung eintritt. Gerade die Gehaltsfrage ist die Ursache der unlieblichen Zustände gewesen, über die jetzt die Gehilfenkommission zu entscheiden hat. Einige Redner sind entschiedene Gegner des Hamburger Antrages. Schließlich wird ein Antrag angenommen, der das Gehalt der Hilfsarbeiter im Hauptvorstand auf 2400 in der Weise festsetzt, wie das seitens des Mauerverbandes geschieht.

Ein Schulkonto des Zweigvereins Delmenhorst, aus dem Delmenhorster Streik von 1907 herührend, sowie ein Schulkonto des Zweigvereins Straßburg werden nach näherer Begründung vom Verbandstag für gelöst erklärt unter der besonderen Bedingung, daß in Zukunft streng nach den Vorschriften verfahren und die Mittel verweigert würden, wenn ein Zweigverein wieder ohne Genehmigung des Hauptvorstands in den Streik tritt.

Zander-Königberg begründet einen Antrag der Zahlstelle Neumannster, der bezweckt, daß der Hauptvorstand Maßnahmen ergreift zur Bekämpfung des Alkoholismus. Der Delegierte Schmidtauer aus der Viererlei München unterrichtet den Antrag, der besonders mit dem Münchener Bierverhältnissen begründet. Auch München-Gewerkschaft bringt eine lange für die Alkoholbekämpfung und will die Bekämpfung des Prokurators im Sinne des Antrages beauftragt wissen. Redakteur Töpfer wendet sich gegen die Bekämpfung des Alkoholismus, da nach ihm niemand mehr für die Bekämpfung des Alkoholismus tue, als die organisierte Arbeiterschaft, doch es aber nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sein könne, sich eine besondere Zweig ihrer Bestrebungen die Bekämpfung des Alkoholismus aufzugeben. Die Bekämpfung des Alkoholismus als Tugendfrage sei überhaupt ein Fehler, der mehr schade als nütze. Wenn die Antialkoholische Bewegung praktisch etwas für die Eindämmung des Alkoholismus tun wolle, so möge sie sich die Bekämpfung billiger Getränke anlegen lassen, anstatt mit widerlicher Reklame bei 28 Prozent Dividende sich selbst zu empfehlen. Man solle nur mit der organisierten Arbeiterschaft für eine bessere Lebensführung der Massen einsetzen, für Bekämpfung des Bedürfnisses nach kulturellen Erregungen, durch die Bekämpfung in stiller Weise nicht getan, als wenn man eine gelegentliche Vorrede Töpfer an und hält die Bekämpfung des Alkoholismus in den Bekämpfungen überhaupt für eine unglückliche Idee. Die Angelegenheit wird dann nicht weiter erörtert.

Meußerliche verhindern will! Wir protestieren gegen den Zunungsbeschluß! Sollten wir uns aber wirklich der Kaffe nicht erwehren können — nun, dann sollen die Zunungsfrakteranten mit der Kaffe etwas erleben, daß ihnen die Augen übergehen. Die Hamburger Kaffe ist bei 54 s Beitrag und 10,50 Kranfengeld schon bankrott. (Heiterkeit.) Aber darauf wollen wir uns lieber gar nicht erst einlassen, wir wollen solchen Schaden vom Gewerbe, dem beiden Teilen, abwenden und uns darum auflehnen gegen jene Mißgeburt. Nicht auf Beschwerden und Reklame, sondern auf unrer Organisation verlassen will uns und kämpfen, bis der Erfolg unter ist. (Beifall.)

Nachdem Vorgesetzten gefragt, wie denn eigentlich die vielen Meister, von denen heute nicht einmal das Drittel der Beiträge zu holen sei, später die Kaffe aufbringen wollen, schlüßte der Allgäule Wittich anstandslos das Treiben in der Zunung. Von 8705 Beiträgen seien 1700 rückständig, die selbst der Gerichtssozialbeir nicht betreiben könne. In den Versammlungen sehe man allerhöchstens 60 bis 70 alte, von der Zeit überholte Jünglinge. Von den 1028 Mitgliedern seien 600 "Meister", die zusammen nur 150 Stellen beschäftigten. Und gerade solche fährten das große Wort und ließen ihrem Hof gegen die Gehilfen die Zügel schloßen, die nach ihrer Ansicht an der Meisterfraktion schuld seien. Vernunftgründen seien sie unangänglich, laud und blind wüßten sie darauf los. Diesen Elementen lie auch der Beschluß zu danken, um den sich die wirklich maßgebenden Meister nicht bemüht noch bekümmert hätten. Der Gehilfenausschuß habe natürlich seine Zustimmung rundweg verweigert und erklärt, die Gehilfen würden sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr gegen. (Vorb.)

Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Zehnter Verbandstag des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter.

Fünfter Verhandlungstag.

Köln, 17. April 1909.

Die Beratung der Statuten wird fortgesetzt. Da es sich vornehmlich um kleinere Änderungen der Statuten handelt, teilweise auch nur um formelle, so bietet die Wiederberate der Verhandlungen dieser Sitzung wenig Interesse. Es ist deshalb hier nur auf einige der angenommenen Anträge kurz hingewiesen. Zu § 13 des Statuts wird beschlossen, daß Keisegeld nur an Mitglieder gezahlt wird, welche ein Jahr dem Verbande angehören und mindestens 44 Wochenbeiträge gezahlt haben. Zu § 19 wird beschlossen, entsprechend einer Regelung der Streit- und Gewerkschaftenunterstützung, noch eine neue Unterstützungssatz einzurichten, die der neuen Vertragsliste entspricht, so daß jetzt neun verschiedene Vertrags- bzw. Unterstützungssätze bestehen. Die Gewerkschaftenunterstützung wird entsprechend einem Vorstandsatrage um M. 2 pro Woche erhöht. Bezüglich der Krankenunterstützung tritt infolten eine Änderung ein, als die Krankentage, bevor Krankenunterstützung gewährt wird, von 96 Vertragswochen auf 88 herabgesetzt wird und über die bisher höchsten Unterstützungssätze von M. 3.90 noch eine solche von M. 4.20 eingerichtet wird. Die Krankentage von sieben Tagen in Krankheitsfällen wird auf drei Tage herabgesetzt. § 29 des Statuts führt zu einer längeren Auseinandersetzung. Es handelt sich in diesem Paragraphen um die Wahl der Lokalverwaltungen.

wozu Berlin beantragt hat, die Bestimmung zu streichen, daß der erste Bevollmächtigte und der erste Kassierer der Beauftragung durch den Hauptvorstand wählbar sind. Da um Berlin begründet die Forderung aus rein praktischen Gründen, während mehrere Redner die bisherige Bestimmung beibehalten wollen. Schmidtauer unterrichtet den Antrag Berlin, indem er darauf hinweist, daß die Bestimmung veraltet sei. Im Mauerverbande habe sie auch bestanden, sei aber nicht ein einziges Mal in Anwendung gebracht. Die Zweigvereine müßten in der Wahl ihrer örtlichen Leitungen eine möglichst große Selbstständigkeit haben, wodurch das Verantwortlichkeitsgefühl gehoben werde. Die moralische Verantwortlichkeit für ihre Leitungen dürfe den Zweigvereinen nicht abgenommen werden. Auch dürfe es nicht so scheinen, als ob der Verbandsvorstand in Verleumdungen ein allzu großes Bestimmungsrecht habe. Das ist tatsächlich nicht klug. Der Berliner Antrag gelangt schließlich zur Annahme, so daß in Zukunft das Wahlrecht auch formell wegfällt.

Die Vertretung der einzelnen Vereine vor Gericht hat bisher infolten zu allerlei Unlieblichkeiten geführt, als zur Vertretung vor Gericht nur der Hauptvorstand zugelassen wurde, die Hauptvorstandsmitglieder beim Streit in ganz Deutschland heranzugezogen wurden bei gerichtlichen Auseinandersetzungen. Es wird nun dahingehend eine Änderung vorgenommen, daß in § 80 der örtliche Bevollmächtigte ausdrücklich als Vertreter des Verbandes legitimiert wird.

Bei Beratung des § 85 kommt wieder die Berechnungsmethode der Gausaufbeiträge zur Erörterung. Es wird schließlich auf Antrag A. v. Köhn beschlossen, die Gausaufbeiträge nach der dreizehnmehrheitlichen Markenbewertung als Durchschnittsmittelberechnung festzusetzen. Ferner wird die Bestimmung über die Zusammenlegung des Hauptvorstands dahin abgeändert, daß der Hauptvorstand aus fünf, anstatt wie bisher aus sieben Personen bestehen soll.

Es unterliegt dann noch eine größere Anzahl Anträge unter der Rubrik "Besondere Anträge" der Beratung und Beschließung, die indes auch bereits durch die angenommene Beschließung mit dem Mauerverband oder durch die neue Festlegung der Statuten zum großen Teil als erledigt angesehen werden müssen. Soweit das nicht der Fall, mögen die wichtigsten davon hier kurz wiedergegeben werden.

Seitens des Zweigvereins Hamburg wird beantragt, um die ungleichmäßigen Debatte über die alljährlichen Gehilfensitzungen der Hilfsarbeiter im Hauptvorstand zu befrichtigen, das Gehalt für einjähriger Tätigkeit mit der Gehaltsliste der Hauptvorstandsmitglieder gleichzusetzen. Zeitig-Hamburg befrüwortet die Erhöhung und betont, daß die Hilfsarbeiter sich zurückgelehrt fühlen, wenn keine Änderung eintritt. Gerade die Gehaltsfrage ist die Ursache der unlieblichen Zustände gewesen, über die jetzt die Gehilfenkommission zu entscheiden hat. Einige Redner sind entschiedene Gegner des Hamburger Antrages. Schließlich wird ein Antrag angenommen, der das Gehalt der Hilfsarbeiter im Hauptvorstand auf 2400 in der Weise festsetzt, wie das seitens des Mauerverbandes geschieht.

Es erstattet nunmehr der Vorgesetzte der Beschwerde-Kommission, Wackelmann-München, Bericht. Der Kommission haben dreizehn Beschwerden vorgelegen, von denen zwei als gerechtfertigt anerkannt sind, während die übrigen von der Kommission zurückgewiesen wurden. Die in der Generalversammlung schon erwähnten Fälle aus Berlin und Hamburg sind sämtlich gegen die Beschwerdeführer entschieden; fahrgelassen ist dagegen der Beschwerde des Gewerkschaftsrates in Vangelago, sowie einer Beschwerde aus Speyer, indem ein dort ausgeschicktes Mitglied so lange als Mitglied mit allen Rechten anerkannt wird, bis ein in der Sache schwebender Prozeß seine Entscheidung gefunden hat. Die weiteren Beschwerden aus Kiel, Berlin, Jülich und Essen werden als ungerechtfertigt bezeichnet, und in der Sache des Hamburger Kollegen Rache beantragt die Kommission insbesondere noch, wegen des Rumbührens an der Verbandstag eine Mißbilligung dieses Borgehens auszusprechen. Sämtliche Beschwerden werden vom Verbandstage nach den Anträgen der Kommission für erledigt erklärt.

Ein Antrag auf Dechargeerteilung für den Gesamtvorstand gelangt hierauf einstimmig zur Annahme.

Es haben nun noch die Wahlen zu erfolgen. Der Vorstand im Sinne der neuen Fassung des Statuts wird wie folgt zusammengelegt: Erster Vorgesetzter Wackelmann, zweiter Vorgesetzter Töpfer, erster Kassierer Brandmoß, zweiter Kassierer Wrede, Sekretär Mohr. Die Wahlen erfolgen einstimmig. Ebenfalls einstimmig wird Köstke als Redakteur des Prokurators wiedergewählt. Zu Redaktoren werden Albrecht-Lübeck, Tiede-Schmerin und Stampe-Bremen gewählt. Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der Sitz des Ausschusses Berlin. Dem Vorgesetzten des Ausschusses, Wackelmann-Berlin, wird für seine zehnjährige Tätigkeit eine Remuneration von M. 100 bewilligt. Die Arbeiten des Verbandstages sind nunmehr beendet und der Verband erhält das Schlupfwort. Er weist darauf hin, daß mit dem zu Ende gehenden Verbandstage viele Hoffnungen verflüchtigt waren, die namentlich mit der Frage der Verhinderung mit dem Mauerverbande zusammenhängen. Seit 20 Jahren ist diese Verhinderung angeht. Nachdem sie nun endlich durch die Macht der Verhältnisse zur Tatsache werde, dürfe man auch wohl die Hoffnung aussprechen, daß die übrigen Organisationen der Baugewerkschaften recht bald vollziehen möchten. Während rekapituliert dann noch kurz den Gang der Verhandlungen und schließt mit einem Danke an die Kölner Kollegenschaft für die geliebte Gastfreundschaft nach dem 10. Verbandstag der baugewerblichen Hilfsarbeiter mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und die Bauarbeiterorganisation im besondern.

Internationale Konferenz der Sattler und Portefeuller.

Köln, 17. April 1909.

Im Anschluß an den Verbandstag der Sattler und Portefeuller fand im Kölner Volkshaus die zweite internationale Konferenz der Sattler statt, an der diesmal auch die Portefeuller teilnahmen. Sie wurde von Saffenbach, dem internationalen Sekretär der Sattler, begrüßt und dann geleitet. Es sind vertreten: Belgien (ein Sattler), England (ein Portefeuller), Frankreich (ein Portefeuller), Österreich (ein Sattler, ein Portefeuller), Schweden (ein Sattler), Ungarn (ein Sattler) und Deutschland (fünf Sattler, drei Portefeuller). Angekommt sind Sattler haben sich einschüßelt, sie befinden sich gegenwärtig in der Migration; die Schweizer Sattler haben sich dem Schuhmacherverbande angeschlossen.

Den Bericht des internationalen Sekretärs gibt Saffenbach: Solange die Organisation der Sattler besteht, hat sie auf die internationalen Verbindungen großen Wert gelegt. Er habe als Sekretär vor drei Jahren infolten einer undantbaren Posten übernommen, als er sich nicht in die Verhältnisse der Organisationen anderer Länder einmischen durfte. Das Sekretariat ist aber trotzdem von Nutzen, weil jedes Land weiß, an wen es sich zu wenden hat, wenn es sich mit einer anderen Organisation in Verbindung treten will. Es sind wiederholt Anfragen über die Verhältnisse in anderen Ländern gekommen. Da die einlaufenden Gelder nur für die Verwaltung gebraucht werden, so ist der Etat verhältnismäßig niedrig. Es kamen in den drei Jahren M. 270,22 ein, ausgegeben wurden M. 120,98; mit dem Gewinnahmen in diesem Jahre beträgt jetzt der Kassenbestand M. 380.

Es folgen die Berichte der einzelnen Länder. Altmann (Deutschland) berweist im Anbetracht der eben beendeten Generalversammlung auf den im Druck herausgegebenen Bericht. Battlé (Belgien) regt zunächst an, daß in Zukunft die Berichte der einzelnen Länder zwei Monate vorher in drei Sprachen gedruckt herausgegeben werden, damit die Delegierten sie studieren können. Die belgischen Sattler haben vor kurzer Zeit eine Lohnbewegung geführt, die ihnen eine Erhöhung der Löhne gebracht hat. Die Militärsattler sind noch unorganisiert; bei ihnen ist die Heimarbeit weit verbreitet. Die Sattler sind jetzt mit großer Begeisterung in eine Bewegung getreten, die sich besonders gegen das Mischen von Arbeit aus der Werkstatt in die Wohnung richtet.

Kreuzer (Frankreich, Portefeuller): Da die Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie immer schärfer werden, so ist feiter Zusammenhalt notwendig. Seine Organisation führt den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet. Drei Punkte sind es, auf die sich der Angriff der Arbeiter richten müsse: der persönliche Besitz, die Religion und der Chauvinismus. Im bürgerlichen Staat werden in der Regel Geetze geschaffen, die zum Schaden der Arbeiter sind. Alle Organisationen müßten zusammenarbeiten, um durch den Generalstreik der Bourgeoisie entgegenzutreten. In seiner Organisation beträgt der monatliche Beitrag Fr. 1,25; es gewährt Unternehmungen bei Streiks, Arbeitslosigkeit und auf der Reise.

Pauls (Österreich, Sattler): Die Organisation hat jetzt über 1000 Mitglieder; der Wochenbeitrag beträgt 70 Heller, von dem ein Teil einem besonderen Streikfonds zugeführt wird; die österreichischen Gewerkschaften dürfen mit ihren eigenen Kassen kein Streik führen. In Wien ist bei den Tischlern die neunwöchige Arbeitszeit durchgesetzt, am Sonnabend beträgt sie nur sieben Stunden; in der Wagenbau- und Gefährdbranche ist es ähnlich. Vor drei Jahren wurde zur Ertragung dieser Arbeitszeit ein Streik durchgeführt, der vier Monate dauerte und Fr. 62.000 gekostet hat. Der Redner spricht den Ländern, die damals Unternehmungen gemacht haben, seinen Dank aus. Der Minimallohn beträgt Fr. 24, die Gehilfen verdienen aber fast doppelt so mehr. In den Provinzen sind die Löhne um 10 p. niedriger; sehr schlecht sind die Verhältnisse in Böhmen und Mähren. Das Schlupf hat eine Auflage von 2400 Exemplaren. Erdös (Ungarn, Sattler) weist auf den Druck hin, der von der Regierung auf die Arbeiterorganisationen ausgeübt wird. Das vorige Jahr war für die Organisation sehr schlimm; 1908 wurden an Arbeitslosenunterstützung Fr. 940.1907 ausgegeben. Im Jahre 1908 wurden dafür nur Fr. 5000 ausgegeben. Die Organisation gewährt Arbeitslosen- und Streikunterstützung. Die Mitgliederzahl beträgt 702 in vier Ortsgruppen; die Auflage des Schlupfs 1000 Exemplare.

Rönsson (Schweden, Sattler): Dänemark, Schweden und Norwegen sind in einen Verband zusammengeschlossen, die Verhältnisse sind jedoch in jedem Land etwas anders. In der dreijährigen Berichtsperiode sind gegen 50 Lohnbewegungen durchgeführt worden, die sämtlich auf verliefen. Nur in einem Falle trat eine Aussperrung ein. Die Organisation hat 110 Filialen, 95 p. der Gehilfen sind organisiert. Die Gehilfen der Lebensmittelgewerkschaften sind alle in einen Verband vereinigt, was sich sehr gut erwiesen hat. Im Jahre 1908 wurden Fr. 7000 für eigene, Fr. 15.000 für fremde Streiks aufgebracht. In Dänemark leisten die Organisationen an die Generalcommission Beiträge in einer allgemeinen Streikform. Auch die Unternehmer aller drei Länder schließen sich jetzt zu einem einzigen Verband zusammen. Das Prokurator hat eine Auflage von 3000 Exemplaren; die Mitgliederzahl beträgt 2500. Johnson wünscht, daß die Arbeiter auch in anderen Ländern sich besser organisieren möchten. Es ist besser, die Gewerkschaft als den Generalstreik zu propagieren. Im vorigen Winter hat jedes Mitglied Fr. 7 Extrabeitrag für die Arbeitslosenunterstützung aufgebracht.

Rijer (Österreich, Portefeuller): Die Organisation hat in Wien 483 Mitglieder; sie steht in einem Verhältniß zum Arbeiterstand und stellt Meister, Arbeiter und Kranke unter. Dabbs (England, Portefeuller): In London ist ein Minimallohn durchgesetzt. 50 p. der Arbeiter sind organisiert. Infolge der schlechten Geschäftslage ist die Mitgliederzahl zurückgegangen. Die Organisation gebot der Arbeiterpartei an, außerdem dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund. Seit 14 Jahren hat sich kein Streik mehr geführt. In der Diskussion weist Saffenbach darauf hin, daß sich seit einiger Zeit in London russische Meister in der Portefeullerbranche niedergelassen haben, die russische Arbeiter zu sehr

